## Aufsätze

# Lawrence D. Stokes: Kommunistischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Eutin 1925-1934

In der Historiographie über den deutschen Kommunismus (KPD) und dessen Reaktion auf den Aufstieg des Nationalsozialismus gibt es mindestens zwei widersprüchliche Einschätzungen. Eine weithin anerkannte nichtmarxistische Ansicht, die sich hauptsächlich auf die politischen Gedanken und Taten des Führungskaders der KPD konzentriert, macht diese zu einem ganz beträchtlichen Teil mitverantwortlich für den endgültigen Triumph der Nazis im Jahre 1933.[1] Dieser Meinung zufolge verhalf schon 1925 die Entscheidung der Kommunisten, an der zweiten Wahl um das Präsidentenamt teilzunehmen anstatt den gemeinsamen Kandidaten von Sozialdemokraten, katholischer Zentrumspartei und gemäßigten Liberalen zu unterstützen, dem Kandidaten der Rechten, dem alternden und monarchistischen früheren kaiserlichen Feldmarschall Paul von Hindenburg, mit Unterstützung der NSDAP zum Gewinn des höchsten Amtes Deutschlands.[2] Präsident von Hindenburg war es dann, der während der letzen Krise der Weimarer Republik Hitler zum Kanzler ernannte. Weiter wird behauptet, die Kommunisten hätten nicht nur die Gefahr, die Hitler darstellte, fatal unterschätzt, indem sie der extremen linken Linie, zuerst und vor allem den Sozialfaschismus - d. h. die SPD - und nicht den Nationalsozialismus zu bekämpfen, folgten und dabei die Bildung einer "Einheitsfront" von unten vertraten ( die die Masse der Sozialdemokraten von ihren Führern trennen sollte), sondern hätten auch die einzige effektive Barriere untergraben, die zur Verhinderung der Machtübernahme der Nazis hätte aufgerichtet werden können: nämlich die eines Bündnisses der beiden Parteien der Arbeiterklasse mit den sozialistischen Gewerkschaften (ADGB) - ähnlich dessen, was 1920 den Kapp-Putsch vereitelt hatte.[3] Schließlich weist diese Anklage gegen die KPD auf Situationen taktischer Kollaboration derselben mit der NSDAP hin (die manchmal das Ergebnis der radikalen Unterordnung der Partei unter die defensiven Interessen der Sowjetunion waren); zum Beispiel in dem gemeinsamen kommunistisch-nationalsozialistischen Versuch, die Auflösung des Preußischen Landtags zu bewerkstelligen, um Neuwahlen zu erzwingen und so die SPD-geführte Regierung des größten Landes der Republik zu Fall zu bringen (was im August 1931 gescheitert war) und auch in der gemeinsamen Beteiligung an einem Streik Berliner Transportarbeiter im Herbst 1932. Nach Siegfried Bahne trugen "die linksradikale KPD ebenso wie die rechtsradikale NSDAP in starkem Maße zum Ende der Weimarer Demokratie" bei; die Strategie ersterer "begünstigte 'objektiv' den Sieg Hitlers" und wurde deshalb 1935 - viel zu spät - von der Parteispitze als "falsch" und "sektiererisch" verurteilt.[4] Bahne betont jedoch, daß mit dem Beginn von Hitlers Macht"ergreifung" die politische Linke und beson-

ders einige in Deutschland verbliebene Kommunisten die aktivsten Gegner des Naziregimes ausmachten. Neuere anglo-amerikanische Forschung über die KPD hat deren Rolle auch hinsichtlich des physischen Kampfes gegen die Repräsentanten des Nationalsozialismus während der letzten Jahre der Republik hervorgehoben - im Sinn der Aufforderung der Partei an ihre Anhänger, "die Faschisten zu zerschlagen, wo immer man sie trifft".[5] Diese Interpretation legt den Schwerpunkt auf das Verhalten der Basis-Mitgliedschaft des deutschen Kommunismus, die vor und auch nach dem 30. Januar 1933 selbstlos Leib und Leben riskierte - zuerst in einem erfolglosen Versuch, den wachsenden Nazismus aufzuhalten, und dann, als die Politik der KPD selbst die Machtübernahme teilweise ermöglicht hatte, in zunehmend hoffnungslosen Versuchen, die Diktatur zu stürzen. Der US-Historiker Andreas Dorpalen kam nach sorgfältigem Abwägen des jeweiligen Beitrags von Kommunisten und Sozialdemokraten zum endgültigen Zusammenbruch der Weimarer Republik zu dem Schluß, daß "auf der Linken die SPD weit mehr die Verantwortlichkeit als die KPD" für diese Desaster trägt.[6]

Ohne weder die traditionelle nicht-marxistische Verurteilung der meisten Aspekte der kommunistischen Politik gegenüber der NSDAP (schließlich zogen es auch die Sozialdemokraten vor, für einen Nazipräsidenten im Preußischen Landtag gegen den von der KPD unterstützten republikanischen Kandidaten zu stimmen)[7], noch Dorpalens fragwürdige Einschätzung der relativen Schuldzuweisung für die Machtergreifung der Nazis an die beiden proletarischen Parteien - die in jedem Fall angesichts der fast gesamten deutschen Bourgeoisie verblaßt - vollständig zu akzeptieren, ist es Ziel dieser Arbeit, die konkreten politischen Handlungen in Konfrontation mit den Faschisten eines Teils der kommunistischen Bewegung auf lokaler Ebene zu untersuchen. Das untersuchte Gebiet, die Kleinstadt Eutin (1933: 7.200 Einwohner) und das Umland in Ostholstein, war, verglichen mit dem "roten Berlin" oder Sachsen, kaum eine Hochburg für die KPD. Jedoch war es ein Abschnitt des Parteibezirks "Wasserkante", der Hamburg und die preußische Provinz Schleswig-Holstein umfaßte und sich 1929 hauptsächlich aufgrund der Stärke der Kommunisten in der bedeutendsten Hafenstadt des Landes der zweit- oder drittstärksten Mitgliederzahl aller Bezirke in Deutschland rühmte.[8] Hamburg war außerdem die Heimatstadt des KPD-Vorsitzenden seit 1925, Ernst Thälmann, und ein Ausgangspunkt radikaler Politik für die gesamte Republik. So war Eutin sowohl geographisch als auch organisatorisch gut geeignet als Zielpunkt kommunistischer Agitation. Stattdessen aber wurde die Stadt - wie das gesamte Schleswig-Holstein - eine der ersten Bastionen des Nationalsozialismus. Die folgenden Seiten versuchen, diesen Gang der Ereignisse zu erklären.

*Politischer und sozialer Rahmen*

Obwohl in Preußen gelegen, gehörte die semi-unabhängige Enklave, deren administratives Zentrum Eutin war, verfassungsmäßig zum Freistaat Oldenburg etwa 200 Kilometer westlich. Dieser Teil einer der kleineren Verwaltungseinheiten Weimar-Deutschlands hieß "Landesteil Lübeck" und

grenzte an den gleichnamigen Stadtstaat. Der Landesteil zählte weniger als 50.000 Einwohner (davon fast 97 % Lutheraner) und hatte eine Fläche von 540 km². Die Beschäftigungstruktur unterschied sich von der des Gesamtreichs in einem für das Schicksal der KPD entscheidenden Punkt: Während nach der Volkszählung von 1925 im Landesteil Lübeck 26,9 % der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft tätig waren (Gesamtdeutschland: 30,5 %), war die Zahl der Beschäftigten im industriellen Bereich nur halb so hoch wie in der Republik als ganzes. Es gab in diesem Gebiet nur vier größere Fabriken, nur eine davon (ein Papierwarenhersteller mit etwa 100 Beschäftigten) befand sich in Eutin. Der Anteil von Arbeitern an der Stadtbevölkerung im wahlberechtigten Alter betrug nur 23.4 %, Beamte dagegen waren stärker vertreten als in der gesamten Republik. Die bei weitem stärkste Konzentration von Industriearbeitern gab es in einigen direkt an Lübeck angrenzenden Gemeinden, besonders in Schwartau, Rensefeld und Stockelsdorf; einige waren dort in relativ großen Lebensmittelfabriken (Marmelade, Süßigkeiten) beschäftigt, andere in Firmen in der Hansestadt.[9]

Die Stärke der Unterstützung für die Kommunisten im Landesteil Lübeck stand wie fast überall in Deutschland in direktem Zusammenhang mit dem Grad der industriellen Aktivität in der jeweiligen Gegend. Für das Gebiet Eutin läßt sich dies an den Ereignissen der 22 Gemeinderats-, Landesausschuß-, Landtags- und Reichstagswahlen zwischen 1925 und 1933 ablesen. Stimmen und -anteil der KPD bei diesen Wahlen sind in Tabelle 1 dargestellt. Demzufolge sicherte sich die KPD zu der Zeit, als die Hitlerbewegung und sie sich bei Wahlen gegenüberstanden, alleine nie mehr als 9 % der Wählerstimmen im Landesteil - auch nicht nach Beginn der Weltwirtschaftskrise -, während die NSDAP schon im Mai 1931 die Mehrheit gewann, die Oldenburg zum ersten deutschen Land mit einem vollständigen Nazi-Kabinett machte.[10] In Eutin stimmten höchstens 3 % der Wähler für die KPD, die NSDAP dagegen überschritt die 50 %-Grenze dort erstmals im November 1930 und fiel danach, wenn überhaupt, kaum darunter.[11] Der Anteil von Unterstützung für die Kommunisten in Schwartau, Stockelsdorf und Rensefeld verdoppelte sich in etwa von Ort zu Ort, so erreichte er in letzterem bei den Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 die Spitze mit fast 24 %. Dies lag deutlich über dem nationalen Parteidurchschnitt, wobei im allgemeinen der Landesteil nur die Hälfte dieses Durchschnitts erreichte. Die vier Ortschaften zusammen machten zwischen 46 und 75 % aller KPD-Stimmen in diesem Gebiet aus, wie auch republikweit die Anhängerschaft der Kommunisten sich in relativ wenigen Orten konzentrierte.[12] In dem untersuchten Zeitraum wurde jedoch dieses Charakteristikum für den Raum Eutin immer weniger bedeutend. Das zeigt, daß die Partei nicht nur mehr Menschen, sondern auch ein größeres geographisches Spektrum der Bevölkerung erreichte - besonders die Land- und Dorfbewohner - , je mehr sich die Krise der Weimarer Republik verschärfte. So stellte die Kommunistische Partei zumindest eine Herausforderung für die Nationalsozialisten bei einer Wählerschaft dar, die soziologisch eher ungeeignet für eine vorwiegend städtische und proletarische Bewegung war - auch wenn Ende 1932 ihr Anteil an den Wählerstimmen nur noch weniger als ein Fünftel dessen war, was die Nazis für sich verbuchten.

*Tabelle 1:* Stimmen und -anteil für die KPD im Landesteil Lübeck, 1925 - 1933 (a)

| Datum | Wahl | Eutin | | Schwartau | | Stockelsdorf | | Rensefeld | | Landesteil Lübeck | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Zahl | % | Zahl | % | Zahl | % | Zahl | % | Zahl | % |
| 29. 3. 1925 | Reichspräsident (b) | 15 | 0,44 | 63 | 2,67 | 146 | 7,22 | 175 | 10,50 | 532 | 2,49 |
| 26. 4. 1925 | Reichspräsident (b) | 21 | 0,57 | 66 | 2,66 | 179 | 8,50 | 191 | 11,14 | 697 | 2,97 |
| 24. 5. 1925 | Landtag Oldenburg | 24 | 0,90 | 60 | 3,12 | 127 | 8,56 | 131 | 6,76 | 483 | 2,98 |
| 4. - 17. 3. 1926 | Volksbegehren: Fürstenenteignung (c) | 832 | 19,56 | 807 | 29,25 | 1268 | 51,38 | 1239 | 60,20 | 8443 | 28,85 |
| 20. 6. 1926 | Volksentscheid: Fürstenenteignung (c) | 1243 | 29,23 | 904 | 32,77 | 1427 | 57,82 | 1374 | 66,76 | 10726 | 36,66 |
| 6. 11. 1927 | Gemeinderäte | - | (f) | - | (g) | - | (h) | - | (i) | - | (g) |
| 20. 11. 1927 | Landesausschuß (d) | 17 | 0,50 | 63 | 2,87 | 229 | 11,40 | 303 | 18,22 | 869 | 4,28 |
| 20. 5. 1928 | Reichstag | 27 | 0,73 | 81 | 3,40 | 226 | 10,16 | 290 | 16,40 | 943 | 4,01 |
| 20. 5. 1928 | Landtag Oldenburg | 40 | 1,12 | 93 | 3,99 | 258 | 12,07 | 318 | 18,18 | 1049 | 4,72 |
| 3. - 16. 10. 1928 | Volksbegehren: Gegen Kreuzerbau | 4 | 0,09 | 8 | (g) | 50 | (g) | 101 | (g) | 193 | (g) |
| 14. 9. 1930 | Reichstag | 35 | 0,84 | 140 | 5,17 | 340 | 14,33 | 425 | 21,67 | 1724 | 6,39 |
| 23. 11. 1930 | Gemeinderäte | - | (f) | 92 | (g) | 305 | (i) | 370 | (j) | 1043 | (k) |
| 30. 11. 1930 | Landesausschuß (d) | 62 | 1,69 | 85 | 3,83 | 302 | 14,13 | 373 | 20,80 | 1357 | 6,00 |
| 17. 5. 1931 | Landtag Oldenburg | 117 | 3,11 | 138 | 5,92 | 265 | 12,26 | 378 | 20,94 | 1871 | 8,10 |
| 19.12.31-15 1.32 | Volksvorschlag: Auflösung des Landtags (e) | 1603 | 34,51 | 672 | (g) | (g) | (g) | (g) | (g) | 8297 | (g) |
| 13. 3. 1932 | Reichspräsident (b) | 59 | 1,35 | 142 | 5,12 | 305 | 12,08 | 377 | 18,31 | 1922 | 6,93 |
| 10. 4. 1932 | Reichspräsident (b) | 40 | 0,94 | 107 | 3,94 | 198 | 7,85 | 349 | 16,97 | 1388 | 5,04 |
| 17. 4. 1932 | Volksabstimmung: Auflösung des Landtags (e) | 2069 | 44,54 | 562 | (g) | 910 | (g) | 1348 | (g) | 12643 | (g) |
| 29. 5. 1932 | Landtag Oldenburg | 122 | 3,15 | 107 | 4,37 | 282 | 12,13 | 399 | 20,51 | 1883 | 7,46 |
| 31. 7. 1932 | Reichstag | 98 | 2,25 | 185 | 6,33 | 305 | 11,94 | 456 | 21,88 | 2240 | 6,58 |
| 6. 11. 1932 | Reichstag | 109 | 2,55 | 212 | 7,77 | 374 | 15,22 | 489 | 23,92 | 2449 | 8,97 |
| 5. 3. 1933 | Reichstag | 92 | 2,07 | 159 | 5,69 | 308 | 11,99 | 444 | 21,22 | 1979 | 7,01 |

a *Quelle:* Wahlstatistik im "Anzeiger für das Fürstentum Lübeck" (Abkürzung: AFL), Eutin
b KPD-Kandidat: Ernst Thälmann
c gemeinsam mit der SPD
d Landesausschuß (= Kreistag in Preußen)
e gemeinsam mit der NSDAP und den Deutschnationalen
f keine gesonderte KPD-Liste
g keine Zahlen verfügbar
h keine Zahlen verfügbar, 1 Kommunist gewählt
i keine Zahlen verfügbar, 2 Kommunisten gewählt
j keine Zahlen verfügbar, 3 Kommunisten gewählt
k keine Zahlen verfügbar, 6 Kommunisten gewählt

Trotz des Verschwindens offensichtlich fast aller interner Unterlagen der KPD im Landesteil Lübeck ist es möglich, ihre dortige Organisationsstruktur und bis zu einem Gewissen Grad auch die berufliche Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft zu skizzieren. Erstere wird in einem Bericht der Regierung in Eutin an den Ministerpräsidenten Oldenburgs - zu der Zeit bereits Nazi-Gauleiter Carl Röver! - vom 1. Februar 1933 mit dem Vermerk "Geheim" umrissen.[13] An diesem Vorabend ihrer Auflösung bestand die kommunistische Partei aus sieben Ortsgruppen mit - soweit den Behörden bestimmbar - Mitgliederzahlen von jeweils 20-25 bis zu 260-270 in Schwartau-Rensefeld. Alles in allem gab es etwa 600 Mitglieder oder ungefähr ein Viertel der Partei-Wählerschaft vom Juli und November 1932 (Die NSDAP hatte zu dieser Zeit in der Gegend doppelt so viele Ortsverbände und mindestens 1.500 Mitglieder unter ihren 127.000 Wählern). Die KPD-Treffen fanden wahrscheinlich aus Sicherheitsgründen meist bei den Parteiführern zuhause statt. Insgesamt werden in dem Schreiben 28 solche Einzelpersonen mit Namen genannt; alle werden nur als "Arbeiter" bezeichnet, außer einigen Facharbeitern und Handwerkern (z. B. Maurer, Maschinenbauer, Buchbinder, Zimmermann und Melker), zwei der Erwähnten sollen "sehr übel beleumdet" gewesen sein. Einen Bezirksobmann gab es, ebenso einen Propagandaleiter, Karl Malchow, der zugleich als Verbindungsmann mit der Hamburger Bezirksführung fungierte. Schließlich gehörten etwa 100 Mitglieder zum Kampfbund gegen den Faschismus, einer Nebenorganisation der Partei, die 1931/32 als ihre Hauptkampftruppe in Straßenschlachten gegen die Nazis und andere Gegner diente. Dem Bericht zufolge hielt sie Übungen an zwei Plätzen im Landesteil ab.[14] Diese Beschreibung läßt einen recht ausgedehnten Parteiapparat im ganzen Gebiet vermuten, allerdings stärker ausgeprägt in den Städten nahe Lübeck. Dort befanden sich auch die militanten, dem Kampfbund eingeschriebenen Mitglieder der KPD. Deren soziale Zusammensetzung (nach Berufsbezeichnungen aus Polizeiberichten, wo die Daten ursprünglich gesammelt wurden) war ausschließlich proletarisch. Es fehlte der starke Anteil der Handwerker und der unteren Mittelklasse, die vergleichbare Funktionskorps sowohl der SPD als auch der NSDAP ausmachten.[15] Letztere verfügte auch über eine ausgearbeitetere politische Maschinerie als die Kommunisten, die sie außerdem in sehr viel kürzerer Zeit als die Sozialisten (deren organisatorische Anfänge im Landesteil bis in die Vorkriegsjahre zurückgingen) aufstellte; beispielsweise war es den Nazis gelungen, einen lokalen "Fachberater für kirchliche Fragen" zu ernennen. Dieser, ein Kirchenangestellter, sollte den Einfluß der Nazis innerhalb jener Institution ausweiten; ein wichtiger Schritt in einer Bevölkerung fast ausschließlich lutherischen Bekenntnisses.[16] Trotzdem weist die zunehmende Ausdehnung der KPD-Wählerschaft auf die effektive Verbreitung ihrer eigenen Propaganda hin.

Was die Mitgliedschaft der Partei betraf, so gibt es keine Namensliste mehr vergleichbar mit der der Nazis in Eutin vom Mai 1932. Auch existiert kein Archiv wie das Document Center in Berlin, wo Personalakten der deutschen Kommunisten zugänglich sind. Fast der einzige diesbezügliche Hinweis,

abgesehen von zufälligen Bemerkungen über das eine oder andere Mitglied der KPD in der Presse oder amtlichen Unterlagen dieser Zeit, befindet sich in den Eingaben, die die politischen Parteien der oldenburgischen Regierung zu den Landtagswahlen zukommen lassen mußten. Neben den Wahlvorschlägen finden sich die Namen von 20-30 Personen, die , wenn vielleicht nicht offizielle Mitglieder, so doch wohl bekannte Sympathisanten der erwähnten Partei waren. Von der KPD im Landesteil Lübeck existieren noch einige solcher Schriftstücke.[17] Das unleserlichste (normalerweise wurden sie mit Bleistift geschrieben, und die Unterschriften sind daher heute oft nicht mehr auszumachen) und zugleich das einzige, das ein gedrucktes Formular verwendet (ein Indiz für die verbesserte finanzielle Situation der Partei?), bezieht sich auf die Wahl am 29. Mai 1932, die letzte zum Parlament des "Freistaates" (Oldenburg wurde nach 1945 in das neugegründete Land Niedersachsen eingegliedert). Diese Eingabe enthält 24 Namen, bis auf einen allerdings von Bürgern aus Schwartau und Rensefeld. Die Ausnahme war der schon erwähnte Karl Malchow, ein Landarbeiter aus einem benachbarten Dorf, der auch die KPD-Liste des Landesteils für diese Wahl anführte. Zusammen mit fünf anderen aufgeführten Kandidaten ergab sich folgendes Berufsbild der Gruppe:

Tabelle 2: Soziale Struktur der KPD im Landesteil Lübeck, Mai 1932

| *Beruf* | *Anzahl* | *männl. / weibl.* | *%* |
|---|---|---|---|
| Arbeiter | 16 | 13/3 | 55,17 |
| Facharbeiter | 4 | 4/- | 13,79 |
| Handwerker | 3 | 3/- | 10,34 |
| Landarbeiter | 2 | 2/- | 6,90 |
| Hausfrau | 4 | -/4 | 13,79 |

Trotz der geringen Größe dieser Stichprobe (etwa 5 % der Mitglieder) gibt es keine Anhaltspunkte dafür, anzunehmen, daß diese Zusammensetzung nicht im allgemeinen repräsentativ für die soziale Struktur der KPD in der Eutiner Gegend war. Demnach machten Arbeiter aller Art drei Viertel der Gruppe aus, Handwerker weitere 10 %, und zusammen mit der Anzahl der Hausfrauen kommt dies den "besten zur Verfügung stehenden Statistiken" über den deutschen Kommunismus in der Zeit der Weimarer Republik bemerkenswert nahe.[18] Die einzigen Diskrepanzen bestehen in der Qualifikation der Arbeiter (d. h. der Prozentsatz Ungelernter ist im Verhältnis zu hoch, der Gelernter im Landesteil zu niedrig; das ist vielleicht auf das Fehlen von Großindustrie zurückzuführen), sowie in dem höheren Anteil von Landarbeitern (was in einer so ländlichen Gegend nicht überraschend ist) und in dem Frauenanteil, ob in oder außerhalb des Hauses beschäftigt: letzterer Anteil beträgt 24,1 % gegenüber 16,5 % in der gesamten KPD von 1929.[19] Leider ist es unmöglich, die Zahl der arbeitslosen Kommunisten auch nur zu schätzen. Bis Ende 1932 war Arbeitslosigkeit nämlich das Hauptcharakteristikum von Parteimitgliedern (auf bis zu 85 % zutreffend).

Ebensowenig kann die Gruppe der Kommunisten unter der der ungefähr 2.000 Wohlfahrtserwerblosen des Landesteils ausgemacht werden, den notleidensten Opfern des wirtschaftlichen Zusammenbruchs.[20] Soweit sie einer dieser beiden Kategorien angehörten, war die Angabe eines anderen "Berufes" wohl eher theoretisch als realistisch.

*Opposition und Niederlage*

Obwohl die KPD die Existenz eines "deutschen Faschismus" erstmals 1923 in dem turbulenten Jahr von Hitlers Putschversuch in München wahrnahm, schenkte sie ihr erst 1929 viel Beachtung - bezeichnenderweise nach dem Stimmgewinn der Nazis in mehreren Landtagswahlen.[21] Im Landesteil Lübeck gab es NSDAP-Ortsgruppen erst ab 1925, und gegen Ende der Zwanziger Jahre hatten diese sich nicht bedeutend vergrößert. Zu dieser Zeit hatte weder ihr Einfluß noch der der Kommunisten wahrnehmbare Auswirkungen auf die unter der Wirtschaftslage stark leidende und sich auflehnende Landbevölkerung. Der von der KPD veranstaltete "Rote Landsonntag" im August 1929 erscheint hier verstrichen zu sein, ohne daß auch nur Flugblätter verteilt worden wären.[22] Die Trostlosigkeit der Partei wird bei der Betrachtung des Referendums deutlich, das sie gegen die Entscheidung des SPD-Kabinetts von Hermann Müller zum Bau eines Panzerkreuzers initiierte: Nur vier Wähler in Eutin unterschrieben, 193 im gesamten Landesteil, also nicht mehr als 20 % der KPD-Wähler vom Mai 1928. Dies illustrierte anschaulich die mangelnde Anziehungskraft der Partei in dem Moment, als die letzte und endgültige Krise der Republik sich abzeichnete.[23] Versuche, eine Gefolgschaft zu mobilisieren, wie zum Beispiel durch die Organisation einer Kundgebung des Roten Frontkämpferbundes (RFB) in Eutin, zogen lediglich ein Dutzend Bürger an - trotz des Auftretens Dreier Musikkapellen aus Lübeck, die ein öffentliches Konzert auf dem Marktplatz gaben. Tatsächlich war das Schicksal dieser Vorläuferveranstaltungen des Antifaschistischen Kampfbundes besiegelt, obwohl sie nur 15 Mitglieder zählte (alle aus Rensefeld) und es ihr nicht gelungen war, irgendwo sonst im Landesteil eine weitere Einheit aufzubauen und sie keiner irgendwie gearteten Ungesetzlichkeiten schuldig war: am 14. März 1929 wurde sie auf Druck der Reichs- und der preußischen Regierung vom Oldenburger Ministerium widerwillig aufgelöst und ihre spärlichen Besitztümer (einige noch nicht abbezahlte Musikinstrumente!) beschlagnahmt.[24] Dieser Gang der Ereignisse war typisch für weitere Versuche der KPD und ihrer paramilitärischen Formationen, den Nationalsozialismus zu bekämpfen: Wie die Sozialdemokratie[25] mußten sie sich beinahe ebensoviel mit der feindseligen Haltung der Behörden auseinandersetzen wie mit der Feindschaft der Nazis.

Diese wurde erstmals spürbar nach dem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der SA und der Kommunisten im März 1929 in Wöhrden an der schleswig-holsteinischen Westküste. Zwei Nazis starben dabei, und Hitler fühlte sich veranlaßt, persönlich zu erscheinen, um den propagandistischen Nutzen ihrer eindrucksvollen Beisetzung auszuschlachten[26] (daß auch ein Kommunist umkam, wurde hingegen vergessen). Während die

Auseinandersetzungen bis dahin meist friedlich abliefen[27] - z. B. wenn KPD-Redner auf Nazi-Versammlungen auftauchten, um die Position ihrer Partei zu artikulieren - war jetzt der Fehdehandschuh geworfen worden. Vor einem 1000 Personen zählenden Publikum in Eutin erklärte Ludwig Münchmeyer, einer der rasendsten Agitatoren der frühen NSDAP, ein aus kirchlichem Dienst rausgeworfener lutherischer Pastor und fanatischer Antisemit, die kommunistischen Mörder von Wöhrden zu "Schuften und gemeinen Schurken, Fremdenlegionären von Moscow", die ihr Verbrechen vorsätzlich geplant hätten und es verdienten, dafür aus Deutschland vertrieben zu werde. Ein Telegramm in diesem Sinn wurde dem Nazi-Führer, der am Begräbnis teilnahm, übersandt.[28] Als Nachspiel der sog. "Blutnacht von Wöhrden", die insgesamt 13 Kommunisten für bis zu 21 Monate ins Gefängnis brachte, verbot die Regierung in Schleswig-Holstein Versammlungen und das Tragen von Uniformen sowohl für die KPD als auch für die Nazis. Als zu Oldenburg gehörend war der Landesteil Lübeck hiervon jedoch ausgenommen, so daß die Partei in Eutin eine Kundgebung veranstalten konnte, um ihren Fall an die Öffentlichkeit zu bringen. Diese Versammlung war "gut besucht". Auf Einladung waren auch die beiden führenden Politiker der ostholsteinischen NSDAP anwesend, der Arzt Dr. Wolfgang Salfeldt und der Rechtsanwalt J. H. Böhmcker. Ihnen waren sowohl Rederecht als auch persönlicher Schutz zugesichert worden. Die Veranstaltung, die ohne Zwischenfall verlief, wurde zu einer Enttäuschung für die Anwesenden: Die angekündigten Gastredner, einer davon ein früherer Nazifunktionär aus Hamburg (sehr beliebt bei der KPD als Beweis ihrer Attraktivität bei irregeleiteten Faschisten), kamen aufgrund eines geplatzten Autoreifens nicht an.[29] Trotzdem marschierten Kommunisten aus mehreren Städten anschließend durch die Straßen von Eutin, um die Bürger zu beeindrucken. Dieses war eine gängige Methode politischer Werbung zur Zeit der Weimarer Republik. Als der sozialdemokratische Innenminister Preußens kommunistische und Nazi-Märsche innerhalb seines Machtbereichs im Januar 1930 verbot, verlagerten beide solche Aktivitäten in die toleranteren Grenzen des Landesteils.[30]

Der aufsehenerregende Anstieg des Nazi-Stimmenanteils bei den drei Wahlen im Herbst 1930 (Reichstag, Gemeinderäte, Landesausschuß) stellte eine grundsätzliche Veränderung der politischen Landschaft sogar in dieser bis dahin so abgeschiedenen Ecke Deutschlands dar. Im Verlauf der Wahlkämpfe griffen Nazi-Redner sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten in Verbindung miteinander und den Juden an: "Gegen das internationale Weltpiratentum (d. h. Marxismus) und den Weltkapitalismus (d. h. Judentum) führe der Nationalsozialismus einen Kampf, zu dessen Durchführung ihm jedes Mittel, das nur in irgendeiner Form der Erhaltung des deutschen Volkes dienen könne, reicht sei ... zuletzt gehe es um die Frage: Hakenkreuz oder Sowjetstern"?[31] Die KPD stellte das Wahlvolk vor die gleiche Alternative ("wollt ihr Faschismus oder Kommunismus?"), warf aber die SPD mit den Nazis in einen Topf mittels der These des "Sozialfaschismus". Während die Sozialdemokraten das Kabinett von Kanzler Heinrich Brüning tolerierten, das Notverordnungen zur Reduzierung von Wohlfahrts- und Arbeitslosenbezügen und zu Steuererhöhungen verabschiedet hatte, hatten,

so die Kommunisten, die ersten NSDAP-Minister in den Landesregierungen Thüringens und Braunschweigs ebenfalls neue Abgaben für kleinere Geschäftsleute und Bauern eingeführt sowie die Gehälter der unteren Beamten gekürzt. "Weder SPD noch Nazis wollen den Sozialismus". Ihr Vorbild für das Reich war Rußland: "Dort bekommen die Arbeiter 135% des Vorkriegslohnes, dort gibt es keine Erwerbslosen, dort erhalten die Kleinbauern billige Kredite, dort gibt es die Fünftagewoche und Siebenstundentag". Die Wahl bestand deshalb zwischen Hunger und Elend in einem kapitalistischen oder Brot und Macht in einem sowjetischen Deutschland. Der Aufruf schloß mit einer Reihe konkreter Maßnahmen, die eine kommunistische Regierung zur Linderung der wirtschaftlichen Katastrophe plante, darunter Arbeitsplatzbeschaffung durch den Bau von Straßen, Sportanlagen und Schulen in ländlichen Gebieten.[32]

Aber sogar tatkräftiges Werben mittels Flugblättern und Demonstrationen half nicht. Zwar konnte die KPD ihren Stimmenanteil im Landesteil etwa um 1/3 auf über 6% steigern und so den ersten Vertreter in den Landesausschuß senden. Die NSDAP aber löste die Sozialdemokratie als stärkste Partei ab - Eutin lag nach den amtlichen Endergebnissen im ganzen Gebiet an erster Stelle (52,1% Stimmenanteil für die Nazis). Laut SPD, bei deren Veranstaltungen und nicht denen der Nazis Kommunisten oft als "Diskussionsredner" aufgetreten waren, profitierte die KPD auf Kosten der Sozialdemokraten von der hohen Arbeitslosigkeit besonders im Süden um Schwartau herum. Jedoch hatte sich in Eutin mit proportional nur halb so vielen Wohlfahrtserwerbslosen wie der gesamte Landesteil der Zulauf bei den Kommunisten fast verdoppelt.[33] Ohne Frage nahm die Attraktivität der KPD bei wachsenden Teilen der dortigen Bevölkerung mit der sich zuspitzenden Krise nach 1929 zu, jedoch war hier wie auch sonst die NSDAP viel eher in der Lage, aus dieser Situation Vorteil zu schlagen. Warum dies so war, muß noch gezeigt werden.

Die kommunistische Reaktion auf die neue nationalsozialistische Vorherrschaft im Landesteil Lübeck und besonders Eutin fand auf zwei Schauplätzen statt: inner- und außerparlamentarisch. Der Vertreter der KPD im Landesausschuß, der 35jährige Emil Matthews aus Rensefeld (außer ihm waren sechs Kommunisten in verschiedene Gemeinderäte gewählt worden), legte das Schwergewicht auf die Lage der Arbeitslosen - ein vorherrschendes Thema der kommunistischen Politik von 1931 - an. Einerseits unterstützte Matthews ein SPD-Vorhaben, einer alle paar Wochen wechselnden Gruppe von Wohlfahrtsempfängern zeitlich beschränkte Arbeit zu verschaffen, um sie für die Arbeitslosenversicherung zu berechtigen - nur an der kleinen Zahl der Nutznießer im Vergleich zu den 2600 Arbeitslosen in der Gegend nahm er Anstoß (Dieser Vorschlag wurde dann von NSDAP und Bürgerlichen gemeinsam zu Fall gebracht). Andererseits stimmte das KPD-Mitglied zusammen mit den Nazis gegen den Gesamthaushalt für den Landesteil, "da er nicht den Parteiprinzipien entspricht". Diese Ungereimtheit entging den Sozialdemokraten nicht, die widerstrebend dem Haushaltsplan zustimmten, um den Arbeitslosen wenigstens etwas Erleichterung zu verschaffen.[34]

# Werktätige der Provinz Lübeck!

**Wer führt die Notverordnungen der Hungerregierung Brüning durch?**

**Wer erhöht die Mieten durch Erhöhung der Wegesteuer, Hauszinssteuer, Gebäudesteuer für den kleinen Hausbesitzer und Gewerbetreibenden?**

**Wer vernichtet die Existenz der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern?**

**Wer stiehlt den Arbeitern und Angestellten ihr Brot, den Erwerbslosen die Unterstützung?**

**Wer drückt den Ausgesteuerten den Lohn?**

Das tun die Ketelhohn, Fick, Hensel [illegible] (SPD), die Böhmcker, Saalfeld (Nazi) und Konsorten.

[illegible] Monate sind seit der Reichstagswahl vergangen und [illegible] hat sich gezeigt, daß SPD wie Nazis [illegible] ihre Wahlversprechungen verraten haben. Sie führ[illegible] Kapitals die Notverordnungen durch, [illegible] Krankenversicherung, sie bauen Erwerbslosenunterstützung, Sozial- und Kleinrentnerunterstützung ab, sie führen ungeheuerliche Steuern ein (Schankverzehrsteuer, Ledigensteuer, Negersteuer, 100 Prozent Erhöhung der Gebäude- und Gewerbesteuer und [illegible]prozentige Erhöhung der Hauszinssteuer).

Alles das versprach die SPD zu bekämpfen. Sie hat die Arbeiter [illegible] irregeführt und verraten.

Sie hat gegen die Beseitigung der Notverordnungen, gegen die Beseitigung der Brüning-Regierung gestimmt. Sie haben [illegible] Berliner Metallarbeiterstreik abgewürgt.

## Nur die Kommunistische Partei hat ihre Wahlversprechungen gehalten

[illegible] führt [illegible] unerbittlichen Kampf [illegible]

Noch elender war der Verrat der Nazis an den Angestellten, den kleinen Beamten, den Gewerbetreibenden und Kleinbauern. Sie haben selbst ihren Scheinkampf gegen den Young-Plan abgeblasen. Nazi-Frick in Thüringen war es, der als erster die Negersteuer einführte, der eine Mieterhöhung von 6 Prozent diktierte, der die Schankverzehrsteuer durchführte.

Frick in Thüringen, Franzen in Braunschweig wetteifern mit [illegible] in Preußen, Schönfelder in Hamburg [illegible] des Finanzkapitals. In der Provinz Lübeck haben die Fick, Ketelhohn, Hensel und Konsorten gemeinsam mit den Bürgerlichen in den Gemeinderäten den Lohnraub an den ausgesteuerten Erwerbslosen um 23 Pfennig die Stunde beschlossen und durchgeführt. Sie haben mit den Bürgerlichen eine 300prozentige Erhöhung der Wegesteuer beschlossen.

Weder SPD noch Nazis wollen den Sozialismus.

Sie fühlen sich wohl in der kapitalistischen Republik. [illegible] helfen eifrig dabei, den Arbeitern den Lohn [illegible] Angestellten und kleinen Beamten das Gehalt zu kürzen, die Kleinbauern mit unerträglichen Steuern zu überlasten. Die [illegible] der Kapitalisten verschlechtert von Tag zu Tag die [illegible] der Werktätigen.

## Es gibt nur einen Ausweg aus Not und Elend:

Hinweg mit dem heutigen System! Kampf für Sowjetdeutschland!

Die russischen Arbeiter und Bauern zeigen uns den Weg. Selbst von bürgerlichen und SPD-Führern kann der grandiose Aufbau in der Sowjetunion nicht bestritten werden. **Dort bekommen die Arbeiter 135 Prozent des Vorkriegslohnes, dort gibt es keine Erwerbslosen, dort erhalten die Kleinbauern billige Kredite, dort gibt es Fünftagewoche und Siebenstundentag.** Die Werktätigen haben Arbeit, Brot und Macht.

In Deutschland wird der Lohn abgebaut. Es gibt keine einzige Arbeitergruppe, bei der nicht der Lohnabbau durchgeführt worden ist oder jetzt durchgeführt werden soll. Es gibt vier Millionen Erwerbslose, davon 1,2 Millionen Wohlfahrtsempfänger. Arbeiter, Angestellte, kleine Beamte, kleine Gewerbetreibende und Kleinbauern zahlen ungeheure Steuern, aber Großindustrielle und Großagrarier erhalten Zuschüsse und Steuererleichterungen.

**Werktätige in der Provinz Lübeck! Wählt! Wollt ihr Elend und Not oder wollt ihr Brot und Macht?**

**Wollt ihr ein kapitalistisches Deutschland oder ein Sowjetdeutschland?**

## Wollt ihr Faschismus oder Kommunismus?

Bekundet am 23. und 30. November durch die Stimmabgabe für die Kommunistische Partei, daß ihr bereit seid, gegen Hunger und Elend unter der Führung der Kommunistischen Partei zu kämpfen,

- gegen Lohnabbau, für Lohnerhöhung,
- für 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich,
- für die Herabsetzung der Riesengehälter und Pensionen auf 3000 bzw. 6000 Mark,
- für die Erhöhung der Zuschläge um 100 Prozent in der allgemeinen und um 50 Prozent in der gehobenen Fürsorge,
- für die Arbeitsbeschaffung durch Ausbau der Verkehrsstraßen, durch Turnhallenbau für die werktätige Jugend, für Schulhausneubau in den Landgemeinden,
- für die Befreiung der Gewerbetreibenden und Kleinbauern bei einem Gewerbeertrag bis zu 5000 Mark,
- für den Tariflohn des Tiefbaugewerbes für die Ausgesteuerten [illegible]

**Werktätige, heraus zum Kampf für Sowjetdeutschland! Wählt am 23. in den Gemeinden und am 30. November in den Landesausschuß**

# Kommunisten!

Verantwortlich: Emil [illegible]

*Abb. 1:* LASH, Abt. 399, Nr. 6 (Nachlaß J. H. Böhmcker)

Die außerparlamentarischen Aktivitäten waren demgegenüber geeigneter, Zulauf für die Partei zu finden - besonders während des oldenburgischen Wahlkampfes im April und Mai 1931. Obwohl sie bisher nur einen Sitz hatte, und zwar nicht aus dem Landesteil, führte die KPD einen lebhaften Kampf im ganzen Freistaat. Daran wurde sie allerdings von den Eutiner Behörden gehindert, die eine erste Massendemonstration mit Teilnehmern aus Kiel, Neumünster und anderswo in der Stadt am Ostersonntag, eine zweite von Lübecker Kommunisten einige Wochen später mit der Begründung verbot, letztere würde den an diesem Tage stattfindenden Frühlingsmarkt stören. Eine weitere Kundgebung mit 600-800 Teilnehmern aus Orten so weit entfernt wie Hamburg-Altona am Himmelfahrtstag wurde dadurch vereitelt, daß die preußische Verwaltung Fahrten zu politischen Zwecken durch ihr Gebiet untersagte. Auch verhinderte die große Naziversammlung anläßlich einer Rede Hitlers in Eutin am 6. Mai die Pläne der Kommunisten, selbst einen Umzug zu organisieren. Schließlich, am letzten Tag vor der Wahl, gaben die Regierungen grünes Licht: 20 mit roten Fahnen und Plakaten geschmückte Lastwagen mit ca. 1200 KPD-Anhängern des gesamten "Wasserkante"-Bezirks fuhren am Nachmittag auf den Marktplatz. Zwei Stunden nur wurden ihnen für die Parade mit Musik und Liedern und dann einer Rede zugestanden. Dieses "eigenartige Aussehen", so die Lokalzeitung, verlief "erfreulicherweise infolge der Besonnenheit unserer Bevölkerung ohne nennenswerte Zwischenfälle"; ein einziger junger Nazi, der ein Hakenkreuzabzeichen trug, wurde angeblich angegriffen und ins Gesicht geschlagen. Ergänzt wurde diese Form der Agitation durch Handzettel und Plakate, die sich gegen Sozialdemokraten und NSDAP gleichermaßen wandten (z. B. "Die SPD stimmt für Panzerkreuzer B und Notverordnungen - Gebt ihnen die Antwort!" und "Hitler und Böhmcker fordern in Eutin 5 Mark für eine Versammlung. Sie wollen keine Arbeiter haben. "Gebt ihnen den Fußtritt!"). Die Nazis antworteten mit Flugblättern über vermutliche Zustände in der Sowjetunion und mit Vorwürfen, die KPD wolle ein "bolschewistisches" Deutschland. Auch benutzten sie Ängste vor einer wiederholten massiven KPD-Präsenz am Wahltag, um ihr eigenes illegales Verhalten zu rechtfertigen - sie holten Verstärkung von außerhalb des Landesteils, um die Wahl zu "schützen".[35]

In seinem Bericht über die Kampagne kam Nazi-Kreisleiter Saalfeldt zu dem Schluß, daß die Kommunisten die einzige tatkräftige Opposition zu seiner Bewegung gewesen seien, besonders mit ihren illustrierten Zeitschriften, die "propagandistisch außerordentlich geschickt waren". Außer in Schwartau jedoch, wo 200 Arbeiter den Hauptangeklagten der Wöhrden Affaire sprechen hörten, waren Versammlungen der Kommunisten schlecht besucht (nur acht Personen erschienen bei einer drinnen stattfindenden Veranstaltung in Eutin). Nach ihren Demonstrationen dort und woanders am Tage vor der Wahl machten die rund 200 Teilnehmer "angeblich aus Hannover ... einen rassisch guten Eindruck" (sic!). Schließlich, so Saalfeldt, hätten 150-200 KPD-Mitglieder aus der KPD-Hochburg Rensefeld nicht dort, sondern in Eutin gewählt, um im Norden des Landesteils den Anschein einer größeren Anhängerschaft zu erwecken.[36] Dieser Trick mag viel-

leicht für die teilweise erhebliche Stimmenzunahme in der Stadt verantwortlich sein, kaum aber für den Zuwachs von 25% in dem gesamten Gebiet. Die fast 1900 KPD-Wähler reichten zwar immer noch nicht, um einen Vertreter der Partei aus dem Landesteil zu entsenden, sie halfen aber den Anteil von Kommunisten im Landtag zu verdreifachen und, noch wichtiger, vorerst wurde das Ziel der Nazis, eine Mehrheit im Freistaat zu erhalten, verhindert.[37]

Einige der Gründe für den unverhältnismäßig großen Erfolg der NSDAP im Landesteil Lübeck bei der Landtagswahl vom 17. Mai 1931 (ungeachtet der ähnlich beeindruckenden Zugewinne der Kommunisten) mögen naheliegen, wenn sie in einer Beziehung zur KPD gesetzt werden. Deren Anziehungskraft war wohl zum Teil auf die aggressive "Volksschlacht um Oldenburg" und auch auf ein vom Parteivorsitzenden Thälmann während des Wahlkampfes proklamiertes Programm zur Agrarhilfe zurückzuführen. Untermauert wurde sie durch effektive organisatorische Maßnahmen. So wurden zwei Wochen vor der Wahl Mitglieder an Schlüsselstellen stationiert, um von dort aus mit außergewöhnlicher Energie ihre agitatorische Aufgabe zu erfüllen. Diesen Vorteilen sollten aber auch einige negative Züge des kommunistischen Programms gegenübergestellt werden, das mit der Forderung nach Abschaffung einer Reihe von Steuern einen weiteren Rückgang der Sozialausgaben in Kauf nahm. Auch im Landesausschuß, wo sie gegen den Haushalt stimmte, war der Auftritt der KPD in dieser Beziehung nicht allzu überzeugend gewesen. Die Uneindeutigkeit der kommunistischen Politik dort gegenüber der SPD-Linie spiegelte sich wider in der sehr begrenzten Fähigkeit des Kampfbundes gegen den Faschismus, Sozialdemokraten für seine Reihen zu gewinnen. Trotzdem zwang er die NSDAP, ihre Versammlungen mit Hilfe von großen SA-Aufgeboten zu schützen. Außerdem gab es behördlicherseits eine systematische Schikanierung der Partei: Anmeldungen der Nazis für Versammlungen und Aufmärsche wurden eindeutig Vorrang eingeräumt, wenn sie vom Zeitplan her mit ähnlichen von den Kommunisten geplanten Veranstaltungen kollidierten. Und schließlich, ohne dem unverhohlenem rassistischen Denken des Kreisleiters Saalfeldt zustimmen zu wollen, mag es wahr sein, daß in dem korrekten, kleinbürgerlichen Eutin das äußerliche Erscheinungsbild "in Bezug auf militärische Ordnung" Hunderter kommunistischer Aktivisten, Frauen aus den industriellen Zentren des Süden eingeschlossen, die die Stadt für einige Stunden "belagerten", weniger eindrucksvoll (oder sogar kontraproduktiv) war als parallel stattfindende Nazimärsche - "in tadelloser Haltung", begleitet von der örtlichen SA-Kapelle. Diese Umzüge "verfehlten nicht ihre Wirkung" auf zuschauende "Marxisten".[38]

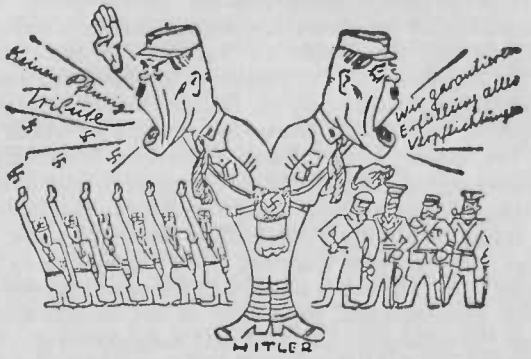
Der politische Kampf zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus war jedoch keineswegs auf Gesetzgebungsorgane oder die Wahlen hierzu beschränkt. Gewaltsame Zusammenstöße zwischen den jeweiligen Mitgliedern in den Straßen wie auch in für Versammlungen genutzten Gaststätten und Hotels wurden 1931 in ganz Deutschland immer häufiger. Wie fast überall ergriffen auch im Landesteil Lübeck die Nazis die Initiative darin, ihre Gegner körperlich anzugreifen. Ein besonders brutales Beispiel solchen

Verhaltens, an dem die Eutiner SA beteiligt war, ereignete sich auf der nahegelegenen Insel Fehmarn über Pfingsten (24./25. Mai). Dort ergriffen unter Böhmckers Leitung ca. 1000 seiner Männer wiederholt angeblich kommunistische Einwohner mehrerer Dörfer an. Diese hatten sich zuvor geweigert, Nazi-Propagandaflugblätter anzunehmen oder hatten anders ihren Unwillen über dieses Eindringen in ihre bis dahin wenig vom Nazismus beeinflußten Gemeinden ausgedrückt. Einige Opfer wurden aus ihren Häusern gezerrt und diese dann verwüstet; nicht einmal ältere Frauen entgingen Schlägen mit Schulterriemen und Metallhaken von SA-Uniformen und anderen Mißhandlungen. Die Antwort der KPD auf diese Provokation ließ nicht lange auf sich warten. Genau einen Monat später bereitete sich die NSDAP auf eine Sonnenwendfeier am Pariner Berg nahe der Stadt vor, Ehefrauen und Kinder nahmen zusammen mit Nazis aus der Lübecker Gegend daran teil. Am Festtag fand man einen Handzettel des Kampfbundes gegen den Faschismus, der am Gebäude des örtlichen Arbeitsamtes angebracht worden war. Auf ihm wurden Mitglieder der SPD und der republikanischen Selbstverteidigungsorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die hauptsächlich von Sozialdemokraten bemannt war, aufgefordert, die Kommunisten auf der Straße zu begleiten "in einer (gemeinsamen) Front gegen die Mordbanden". Laut Aussage der Behörden waren Flugblätter mit ähnlichem Inhalt schon oft vor Naziveranstaltungen gefunden worden, um mögliche Teilnehmer abzuschrecken, und so wurde diesem trotz Warnungen vor einem Angriff keine besondere Beachtung geschenkt. Nachdem Lastwagen die Teilnehmer zu der Feier brachten, an drohenden Plakaten vorbeigefahren und auf dem Weg mit Steinen beworfen worden waren, was einige ernsthafte Verletzungen zur Folge hatte, beschloß die Polizei, andere Autos auf dem Rückweg in der Dunkelheit zu begleiten. An einer Straßenecke in Schwartau standen ihnen plötzlich etwa 40 Personen, wahrscheinlich Kommunisten, gegenüber. In der anschließenden Jagd zu Fuß wurde ein Parteimitglied aus Rensefeld festgenommen, allerdings erst, nachdem weniger als 16 Pistolenschüsse auf die verfolgenden Beamten und SA-Männer abgegeben worden waren. Niemand wurde bei diesem Schußwechsel verwundet, im Laufe des Abends wurden jedoch ein halbes Dutzend Nazis und einige Passanten zumeist durch Steinwürfe verletzt.[39] Diese beiden Zwischenfälle waren typisch für an ihre Gegner von der Arbeiterklasse gerichteten Einschüchterungsversuche der NSDAP - entweder durch ihre zahlenmäßige Stärke bei Demonstrationen oder dadurch, daß sie aggressiv in Gegenden eindrangen, in denen KPD oder Sozialdemokratie die vorherrschende politische Kraft waren (Rensefeld, der Arbeitervorort, aus dem die Angreifer des 27. Juni höchstwahrscheinlich kamen, war im Volksmund als "Neu-Moskau" bekannt). In der Eutiner Gegend waren die linken Parteien - die SPD eingeschlossen, nachdem sie ihre eingefleischte Abneigung gegen Gewaltanwendung überwunden hatte - nicht bereit, ihre Stellung den Nazis kampflos zu überlassen.[40] Dadurch wurde der Landesteil zur "Gewitterecke" Oldenburgs.

# Nazis für Youngtribute

Freitag, den 26. Februar, stand im Reichstag folgender Antrag der Kommunistischen Reichstagsfraktion zur Abstimmung:

1. Alle Tributzahlungen auf Grund des Versailler Friedensvertrages, insbesondere diejenigen, die nicht unter das Hoover-Moratorium fallen (Zinsen der Dawesanleihe, der Younganleihe, ungeschiedbare Annuität), werden sofort eingestellt.
2. Alle privaten Schuldverpflichtungen an das kapitalistische Ausland werden annulliert, die weitere Zinszahlung für solche Verpflichtungen wird verboten und im Uebertretungsfalle als Kapitalverschiebung bestraft.




Außer den Kommunisten stimmten alle Fraktionen gegen den Antrag. Die Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme.

> Der Nazidbgeordnete Frick erklärte unter Stottern, begleitet von ungeheurem Tumult, daß die Nationalsozialisten den kommunistischen Antrag ablehnen und zu einem anderen Zeitpunkt etwas machen werden.

Die Nationalsozialisten bewiesen damit erneut, daß sie in einer gemeinsamen Front mit allen Erfüllungsparteien stehen. Die Nazidbgeordneten im Reichstag handelten nur im Sinne von Hitler, der im Dezember 1931 in einem Interview dem Vertreter der italienischen Presse „Gazeta del Popolo" erklärte:

> „Es wird uns nicht schwerfallen, die Reparationen anzuerkennen und zu bezahlen. Nur muß Frankreich Deutschland gestatten, die Ausfuhr zu ermöglichen."

Hitler ist nicht nur der treue Kapitalsknecht der deutschen Trust- und Finanz-Monopolisten sondern im Bunde mit dem internationalen Finanzkapital bereit, die Milliarden-Tribute zu zahlen und im Auftrage der Kapi-

*Abb. 2:* SAE, Nr. 3238

kalshyänen den Krieg gegen die Sowjetunion zu führen. Hitler ist der Fremdenlegionär der Bank von Frankreich, die Formation der Nationalsozialisten, SA. und SS., die Landsknechte im Dienste der Profitinteressen des Kapitalismus.

## Nur die Kommunisten kämpfen für die Zerreißung des Versailler Vertrages

Die Befreiung von der Ausbeutung durch das internationale Kapital ist nur möglich durch die Befreiung von der Ausbeutung und Unterdrückung durch die deutsche Bourgeoisie.

Darum keine Stimme den Volksbetrügern und Tributknechten.

Der Kandidat der sozialen und nationalen Befreiung ist der Kandidat der revolutionären Arbeiterklasse.

Der Kandidat gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion, ist

## der Führer der Kommunistischen Partei, der Arbeiter Ernst Thälmann

## Brüning, weißgardistischer Offizier der Konterrevolution für die SPD.-Führer das „kleinere Uebel."

Der von der SPD. tolerierte Reichskanzler Brüning erklärte im Reichstag:

„. . . Wagen Sie (zu den Nazis) nicht, mich mit dem 9. November in irgendeiner Weise in Verbindung zu bringen. Am 9. November war ich an der Spitze des Sturmbataillons Winterfeld, das zur Niederwerfung der Revolution bestimmt war!"

Auf die Feststellung der Kommunisten, daß das der Kanzler der SPD. ist, rief der Sozialdemokrat Sollmann:

„Tausendmal lieber mit Brüning als einmal mit den Kommunisten!"

## Befriedigung der Nazis

Nazi-Goebbels erklärte zum Bekenntnis Brünings:

„Wir haben mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß Sie, Herr Reichskanzler, an der Spitze eines Sturmbataillons gestanden haben, das die Revolution niederschlug."

Sozialdemokratische Arbeiter! Heraus aus der Hindenburg-SPD.!

Schärfster Kampf den Klassenfeinden und seinen Stützen, den SPD.-Führern.

Her zur roten Einheitsfront gegen die Hindenburg-Front der Bourgeoisie von Wels bis Hitler.

## Mit der KPD., mit Ernst Thälmann

## zum Kampf gegen Hunger und Faschismus für Arbeit, Brot, Freiheit und Sozialismus!

[illegible] Hiller, Berlin. Druck: C[illegible]-Druckerei AG., Berlin.

# Hitler oder Thälmann?

Wochenlang haben die Nazi-Führer mit Hindenburg, Brüning und Hugenberg gekuhhandelt. Wochenlang haben sie ihre Wähler in Unklarheit darüber gelassen, ob sie einen eigenen Kandidaten und welchen sie aufstellen werden.

Warum? Weil sich

## Hitler für Hindenburg

einsetzen wollte. In ihren Verhandlungen mit Schleicher und Groener haben sich die Nationalsozialisten für die Wiederwahl Hindenburgs erklärt. Der NSB-Pressedienst schrieb:

„Es ist richtig, daß die NSDAP bereit ist, für die Wiederwahl Hindenburgs einzutreten."

Heute versuchen sie den Massen in Stadt und Land weiszumachen, daß die Kandidatur Hitlers eine Aktion gegen die Hindenburg-Kandidatur sei, um die durch die Notverordnungspolitik Hindenburgs und Brünings ins Elend gestürzten werktätigen Schichten für sich einzufangen. Das ist plumpe Bauernfängerei. Goebbels erklärte am 8. Februar in Berlin:

„Es geht hier nicht um die Politik, die vom Reichspräsidenten Hindenburg getrieben wurde."

Am 25. Februar führte derselbe Goebbels im Reichstag aus:

„Wir stehen in Ehrfurcht vor Hindenburg. Er gehört seinem Namen und seiner Vergangenheit nach zu uns."

Für die NSDAP-Führer ging es vielmehr um

## Futtertrippen und fette Staatspfründe.

Weil sie die nicht sofort bekamen, stellten sie Hitler als eigenen Kandidaten auf. Damit soll den Massen vorgetäuscht werden, daß Hitler gegen die Notverordnungspolitik Hindenburgs und Brünings, gegen die Politik der Young-Sklaverei, gegen das kapitalistische System sei.

Aber wo steht Hitler in Wirklichkeit?

Er gibt vor, gegen die Young-Sklaverei und den Versailler Schandvertrag zu kämpfen. Aber wie schon so oft, haben die Nazifuhrer in der letzten Reichstagssitzung wiederum

den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Tributzahlungen, auf Annullierung aller privaten Schuldverpflichtungen an das kapitalistische Ausland niedergestimmt,

ebenso wie den kommunistischen Antrag auf Austritt aus dem unter Führung Frankreichs stehenden Völkerbund. Damit haben sich die Nazi-Führer vor aller Welt als

## Agenten des internationalen Young-Kapitals

entlarvt.

Sie wollen den werktätigen Massen weismachen, daß sie gegen die Notverordnungspolitik Brünings seien, die Millionen deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten, Bauern und Mittelständler in Hungerelend und Bankrott geführt hat. Aber Frick in Thüringen, Franzen und Klagges in Braunschweig waren oder sind als „Vollziehungsbeamte der Brüning-Diktatur" eifrigst am Werke, um alle ungeheuerlichen Notverordnungsmaßnahmen Brünings gegen die werktätigen Massen durchzupeitschen. Damit nicht genug, erteilen die Nazifuhrer dem Notverordnungskanzler Brüning das Lob, daß er mit diesen Notverordnungen die nationalsozialistische Politik durchführe. Der Stuttgarter „Nazikurier" schrieb im Oktober 1931:

„Wir fragen Sie, Herr Reichskanzler, war es gedankenleer oder phrasenreich, als wir im Reichstag alle jene Anträge stellten, die Sie nunmehr in Ihren Notverordnungen verwirklicht haben?"

Goebbels führte in dem Berliner „Angriff" vom 18. August 1931 aus:

„Es gewährt uns eine tiefe Befriedigung, daß man heute auf die Maßnahmen zurückgreifen muß, die wir seit zehn Jahren vertreten haben."

Wenn wir uns dann noch erinnern, daß der Nazi Frick in Thüringen als erster die Negersteuer einführte, daß unter Fricks Regierungsherrlichkeit monatlich bis 400 Zwangsversteigerungen von Kleinbauern stattfanden, daß der Nazi-Vorsitzende Konstin aus Etendorf, Lüneburger Heide, mit seinen Anhängern wegen Aktionen gegen Zwangsversteigerungen armer Bauern aus der NSDAP ausgeschlossen wurde, daß Frick ein Ministergehalt von 16 000 Mark bezog und sich eine Pension von 28 000 Mark auszahlen ließ, dann sieht jeder Werktätige, daß die Nazifuhrer in der Tat die

## Handlanger der Brüning-Hindenburg-Diktatur

sind.

Aber sie wollen doch, wie sie sagen, das „System stürzen". Sie nennen sich eine „Arbeiter"partei, faseln vom „Sozialismus", dreschen antikapitalistische Phrasen und wettern gegen die Bank- und Börsenfürsten. Aber

Hitler frühstückt mit dem Großbautier von Stauß, veranstaltet Saufgelage bei den Hamburger Pfeffersäcken und den Industriellen im Ruhrgebiet.

In dem Kommentar des Nazi-Abgeordneten Feder zu dem Programm der NSDAP heißt es auf Seite 47:

„Das hervorragendste und weltbekannteste dieser Art Unternehmen ist Henry Ford. Nicht minder hoch sind in dieser Hinsicht die wirklich großen Schöpfer unserer Schwerindustrie einzuschätzen, die Krupp, Kirdorf, Mannesmann, Thyssen, Siemens."

Und der „Völkische Beobachter" schrieb im März 1931 anläßlich des Übertritts des Leutnant Scheringer zur KPD:

„Beseitigung des kapitalistischen Systems, das ist seit Jahrzehnten und noch länger nicht viel mehr als ein Schlagwort."

Derselbe „Völkische Beobachter" und Hitler selbst haben dutzende Male erklärt, daß sie keineswegs die Kapitalisten

*Abb. 3:* SAE, Nr. 3238

und Großgrundbesitzer enteignen wollen, daß sie vielmehr die „Volksgemeinschaft" zwischen den Arbeitern, Angestellten und Beamten auf der einen Seite und den Kapitalisten auf der andern Seite erstreben.

Erinnern wir dann noch an die Tatsache, daß die Nazipartei Hunderttausende von Mark aus den Kassen der Lahusen und anderer kapitalistischer Strauchritter zufließen, dann wird jeder Werktätige erkennen, daß Hitler in Wirklichkeit der

**bezahlte**
**Söldner des Finanzkapitals**

ist.

**Werktätige in Stadt und Land!**

Jetzt buhlt dieser Kapitalsknecht **Hitler** wieder um eure Stimmen. Aber was habt ihr von ihm und den übrigen Naziführern zu erwarten?

**Arbeiter!** Denkt an die erbärmliche **Streikbruchpolitik** der Naziführer. In allen euren Kämpfen um Lohn und Brot, wie zum Beispiel beim Hamburger Hafenarbeiterstreik, fallen sie euch gemeinsam mit den reformistischen Gewerkschaftsbonzen schnöde in den Rücken, um euch noch mehr der Knute der Ausbeuter auszuliefern. Denkt an das Boxheimer Blutdokument, das auf **Streik** die **Todesstrafe** verkündet!

**Erwerbslose!** Denkt an die **Arbeitsdienstpflicht**, die euch Hitler bescheren will! Denkt an die Forderung der Naziführer auf völlige Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung! Denkt an die Beschimpfung der Millionen Erwerbslosen als „arbeitsscheue Faulenzer" durch die Nazipresse! Denkt daran, daß die Nazis in der Hamburger Bürgerschaft, im Reichstag und anderwärts die kommunistischen Anträge für die Erwerbslosen stets abgelehnt haben.

**Mittelständler! Schaffende Bauern! Kleingewerbetreibende!** Denkt an das Boxheimer Blutdokument, das die unentgeltliche Ablieferung aller Lebensmittel an die SA.-Horden fordert, widrigenfalls euer Eigentum beschlagnahmt und ihr selbst erschossen werden sollt. Erkennt, daß Hitler ebenso euer Todfeind ist, wie der Todfeind der Arbeiter, weil er ein Söldling der großen Kapitalisten und Großgrundbesitzer ist.

Kein Werktätiger kann Hitler wählen, dessen SA.-Garden noch keinem Bank- und Börsenfürsten auch nur ein Haar gekrümmt, aber

Hunderte von Arbeitern ermordet

und Zehntausende von Arbeitern verletzt haben, der den Kommunismus blutig niederschlagen will.

Kein Werktätiger kann Hitler wählen, der vor den französischen, englischen und amerikanischen Finanzkapitalisten auf dem Bauche rutscht und sich ihnen als

**Landsknecht**
**gegen die Sowjetunion,**

gegen das Land der befreiten Arbeiter und Bauern anbiedert, gegen das die Imperialisten aller Länder zum blutigen Vernichtungskrieg rüsten.

Ihr alle, die ihr Opfer der Hindenburg-Brüningschen Notverordnungspolitik seid, Opfer der fluchwürdigen Tribut-Sklaverei, ihr alle, die ihr zur Klasse der Ausgebeuteten, Entrechteten und Verelendeten gehört — ihr alle könnt nur einen Kandidaten wählen:

# Ernst Thälmann

**den Führer der Kommunistischen Partei, den Vertreter der unterdrückten Millionenmassen in Stadt und Land**

**Nur die Kommunisten** kämpfen für den Sturz der bankrotten kapitalistischen Unordnung, für die Beseitigung des Brüning-Systems, für die Zerreißung des Versailler Schandvertrages und der Tributpakte.

**Nur die Kommunisten** kämpfen für die Lebensinteressen aller Werktätigen. Nur sie zeigen euch einen Ausweg aus der Hölle des kapitalistischen Zusammenbruchs, den Weg, den die russischen Arbeiter und Bauern gingen.

Laßt euch nicht einfangen von dem Nebelgebilde des „**Dritten Reiches**"!

**Schaut hin nach Sowjetrußland,**

wo es keine Krise, keine Arbeitslosigkeit, keine Kapitalisten und keine Young-Sklaverei gibt, sondern Arbeit, Brot und Freiheit, steigenden Wohlstand und gesicherte Zukunft für alle Werktätigen, wo der sozialistische Aufbau die größten Triumphe feiert.

Diesen Weg weist euch die Kommunistische Partei mit ihrem Führer **Ernst Thälmann**. Dieses Ziel werdet ihr erreichen durch den Kampf für ein

**sozialistisches Rätedeutschland**

Wer nicht Knecht der kapitalistischen Volksausplünderer und ihrer faschistischen Söldlinge sein will,

wer nicht will, daß aus seiner Arbeit Milliarden für Tribute an die internationale Hochfinanz herausgepreßt werden,

wer nicht die nationalsozialistischen Kettenhunde der um ihre Geldsäcke zitternden Millionäre unterstützen will,

der reihe sich ein in die

**Front der Armen**
**gegen die Reichen**

Der kämpfe mit der Kommunistischen Partei

gegen Hindenburg und Brüning, gegen Wels und Hitler!

Für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit, für den Sozialismus!

Keine Stimme eines Werktätigen für Hitler, den Kandidaten des Hungers, des Terrors und des Krieges, den Freund der Millionäre und Ausbeuter, den Feind der Freiheit, des Friedens und des Sozialismus, den Fremdenlegionär des Weltkapitals gegen die soziale und nationale Befreiung!

**Alle Werktätigen wählen am 13. März den Führer der KPD, den roten Einheitskandidaten aller Werktätigen:**

# Ernst Thälmann!

Verantw.: Fr. Dettmann, MdB, Hamburg. Druck: Graphische Industrie Hamburg G. m. b. H.

# Schlagt Hitler u. Hindenburg!

*Arbeiter, Arbeiterinnen!*
*Werktätige Männer und Frauen!*

**Die Erwerbslosenziffer steigt! Die Löhne sinken! Die Preise werden erhöht! Die Unterstützung wird abgebaut! Das ist Deutschland! Das ist der Zustand in allen kapitalistischen Ländern!**

**Hitler** erklärt: Das System ist schuld! Während seine SA friedliche Arbeiter überfallen, schlemmt er mit den großen Herren von Handel, Banken, Industrie — ein Werkzeug des Kapitals.

Dem Volke sagt er: Nieder mit den Notverordnungen, nieder mit Versailler Vertrag und Young-Plan!

Den ausländischen Kapitalisten aber verkündet er (am 12. März 1932 dem amerikanischen Pressevertreter Knickerbocker):

„Ich werde keineswegs sofort alle Notverordnungen der Regierung Brüning rückgängig machen. Und ich werde ebensowenig sofort verkünden, daß nun der Vertrag von Versailles zerrissen würde."

**SPD und ADGB** triumphieren: Hitler sagt ja genau dasselbe wie wir! Um so kräftiger aber schreien sie zur Täuschung der Massen gegen ihren Konkurrenten um Ministerposten: Schlagt Hitler! Braun und Severing marschieren mit Brüning und Groener, dem hohen Protektor der Nazis: von Notverordnung zu schärferer Notverordnung, von Lohnabbau zu größerem Lohnabbau, von Unterdrückungsmaßnahme zu immer härteren Maßnahmen! Sie haben Preußen zum Hort der finstersten Reaktion gemacht. Mit dem Ruf: „Schlagt Hitler — wählt Hindenburg!" schlagen sie in Wirklichkeit nur euch, ihr Männer und Frauen des arbeitenden Volkes!

## Hitler, Frick, Klagges, wie Braun-Severing

sie alle stehen im Dienste der Erhaltung des Kapitals!

Hitler schreit: Der Bolschewismus vernichtet alles! Rettet den Kapitalismus!

Die Führer der SPD und des ADGB preisen sich als Ärzte des todkranken Kapitalismus!

**Krieg ist entbrannt** Hindenburg ruft auf zum Geist vom August 1914.

bald schlägt er vom Fernen Osten nach Europa, nach Deutschland herüber! Vom August 1914 zu neuem Krieg! Das ist der Weg des Kapitalismus zur Rettung vor der Revolution.

Es ist Wahnwitz, zu glauben, daß das Elend, die faschistische Unterdrückung, der Massenmord im neuen imperialistischen Weltbrand — ohne gewaltigste Kraftanstrengung, ohne ungeheuerste Umwälzung durch den Massenkampf des Proletariats und aller Werktätigen unter revolutionärer Führung beseitigt werden können!

## In der Sowjetunion hat die Revolution gesiegt

unter Führung der Kommunistischen Partei, der Partei Lenins.

Das Ergebnis: Keine Kapitalisten — keine Arbeitslosigkeit — kein Faschismus, kein Militarismus! Großartiger Aufstieg des Volkes auf allen Gebieten, neue Städte, hunderte neue Riesenwerke, dauernde Lohnsteigerungen, rascher, unaufhaltsamer Kulturaufstieg! Die Arbeit baut dem Wohlstand aller Werktätigen!

*Abb. 4:* SAE, Nr. 3238

# Das ist das System des siegreichen Sozialismus, das Not, Faschismus und Krieg überwindet!

Gegen die Sowjetunion rüsten die Mächte zum Kriege! Die Armeen der . . aner marschieren schon!
Mit der Sowjetunion werden wir alle getroffen!

## Wie entscheidet ihr euch?

Haß gegen das bestehende System des Hungers, der faschistischen Unterdrückung des räuberischen Krieges — heiße Solidarität mit den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion, mit dem Lande des sozialistischen Aufbaus, mit dem Lande unserer eigenen Hoffnung, mit dem System des Sozialismus! Kampf mit allen Mitteln gegen den imperialistischen Krieg! — das muß euer Weg sein!

## Verhindert Kriegslieferungen u. -transporte mit allen Mitteln des Streiks und der Kampfaktionen!

**Am 6. April heraus zum Kampftag für die Verteidigung der Sowjetunion! Gegen den imperialistischen Krieg! Für Arbeit, Brot und Freiheit! Für Sozialismus!**

**Hindenburg, Hitler, Brüning, Groener, Braun, Severing** sie alle stehen im Lager der Feinde der Sowjetunion, sind Stützen und Bevollmächtigte des Kapitalismus! Sie alle stehen in der Front des neuen Krieges gegen die Sowjetunion!

Werktätige Männer und Frauen!
Reiht euch ein in die rote Einheitsfront! Bekennt euch zum einheitlichen Kampf um Arbeit und Brot, um Freiheit und Frieden, um Sozialismus! Macht den 10. April zum Tag des neuen Millionenbekenntnisses für den Kampfkandidaten der Kommunistischen Partei, den Genossen Ernst Thälmann! Jede Stimme, die für Hindenburg oder Hitler abgegeben wird, nützt den Kapitalisten, hilft ihnen bei ihren Täuschungsmanövern gegenüber den werktätigen Massen!

## Jede Stimme für Ernst Thälmann

über ist eine Stimme gegen die Unordnung und Mißwirtschaft des Kapitalismus, für die sozialistische Ordnung!

**Jede Stimme** für Ernst Thälmann ist eine Stimme gegen den imperialistischen Krieg, gegen die imperialistischen Kriegstreiber, für den Frieden, für die Verteidigung der Sowjetunion!

**Jede Stimme** für Ernst Thälmann ist eine Stimme für Arbeit, Brot und Freiheit, ist eine Kriegserklärung an die Reichen, die im Überfluß prassen, während Millionen und aber Millionen hungern!

Deswegen ruft die Kommunistische Partei den werktätigen Wählern in Stadt und Land zu:

**Am 10. April jede Stimme der Kampfkandidatur des arbeitenden Volkes, jede Stimme Ernst Thälmann, dem Führer der roten Einheitsfront im Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit! Vorwärts im Kampf für ein freies, sozialistisches Rätedeutschland!**

# Wählt Kommunisten!

# Wählt Ernst Thälmann!

Verantwortlich für Verlag und Inhalt: Ernst Schneller, Berlin — Druck: City-Druckerei A.-G., Berlin C 25

# Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!

Hier der eindeutige Beweis. In der Reichstagssitzung vom 25. Februar erklärte Reichskanzler Brüning zu den Nationalsozialisten:

**„Meine Herren! Loyaler und im Interesse des Vaterlandes (!) mehr bemüht als ich, um auch die Oppositionsgruppen schärfster Tonart schrittweise an den Staat heranzubringen, loyaler als ich gearbeitet habe, gibt es überhaupt keine Möglichkeit"**

Jawohl, Hindenburg, Brüning und Groener wollen die braunen Hitler-Agenten des kapitalistischen Systems schrittweise an den Staat bringen. Darum gibt man ihnen bereits legal die Gewehre der Reichswehr in die Hand.

So sieht das „kleinere Uebel" der SPD.-Bonzen in Wirklichkeit aus.

**Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!**

Die Parole lautet am 13. März:

**Alles stimmt gegen die Kandidaten des Krieges und des Hungers**

**für den Arbeiterkandidaten der roten Einheitsfront**

# Ernst Thälmann!

Herausgeb. u. k. d. Inhalt verantw. E. Schneller, Berlin, Druck: City-Druckerei AG., Berlin.

*Abb. 5:* SAE, Nr. 3238

Der Wendepunkt jeglichen Arbeiter-Widerstandes gegen den Nationalsozialismus im Landesteil Lübeck kam schon im November 1931, als im Verlauf einer Straßenschlacht zwischen Reichsbanner-Mitgliedern und den Nazis in Eutin ein SS-Mann getötet wurde.[41] Obwohl nicht unmittelbar in den Zwischenfall verwickelt, bekam die KPD dessen Rückwirkungen sofort zu spüren: Eine in der Stadt geplante Veranstaltung "Gegen den Faschismus - für Arbeit, Brot und Freiheit" wurde zusammen mit ähnlichen Veranstaltungen der SPD und NSDAP als "Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung" verboten. Von der Parteipresse heftig kritisiert wurde die "feige" Aktion einiger lokaler Reichsbanner-Führer, die (zeitweilig) nach dem Verbrechen aus Eutin flohen, um dem von Böhmcker offen ausgesprochenen Ruf nach Rache zu entgehen. "Zur selben Stunde aber schickte der Parteivorstand der SPD Vertreter zu (Kanzler) Brüning (!) mit dem Ersuchen, gegen die Nazis zu kämpfen."[42] Angesichts der amtlichen Feindseligkeiten sowohl gegen Kommunismus als auch Sozialdemokratie wegen deren aggressiven Vorgehensweise gegen die SA in Schwartau und Eutin, die auch Polizisten zu Angriffszielen machte[43], beschränkten die Arbeiterparteien von da an ihre Aktivitäten eher auf Wahlkampagnen. Diese fanden sowieso zwischen dem März 1932 und dem März 1933 fast ununterbrochen statt. Die KPD, deren Vertrauen in die eigene Anziehungskraft in der Gegend so gestiegen war, daß sie bereit war, prominente Nazis als "Diskussionsredner" auf ihre Veranstaltungen einzuladen und dasselbe auf deren Veranstaltungen zu tun[44], versuchte weiterhin, ihre Unterstützung unter der Landbevölkerung durch das an Kleinbauern gerichtete "Bauernhilfsprogramm" zu vergrößern. Zumindest im Süden war sie damit nicht erfolglos, wie zuerst die Reichspräsidenten- und dann die Oldenburger Landtagswahlen zeigten. Die Partei war gemeinsam mit den Nationalsozialisten für die Durchsetzung eines "Volksvorschlags" zur Auflösung des Parlaments verantwortlich (die Nazis ergriffen die Initiative in dieser Sache, als die KPD beschloß, den Beginn ihrer Kampagne bis Januar 1932 zu verschieben).[45] Die Entscheidung, eine Neuwahl zu veranlassen, erwies sich jedoch als verhängnisvoll für die Kommunisten. Auf der einen Seite waren sie, im Vergleich zu den Nazis und deren Verbündeten, nicht stark genug, um entscheidenen Einfluß auf den Ausgang des Referendums zu nehmen, auf der anderen Seite halfen sie dadurch letztendlich, der NSDAP den Weg zu einer Mehrheit im "Freistaat" zu ebnen.[46]

Wie seit 1925 war Ernst Thälmann wieder der Kandidat der KPD bei beiden Präsidentschaftswahlen. In einem auf sozialdemokratische Unterstützung zielenden Aufruf wird er als "der Einheitskandidat aller Werktätigen" beschrieben, und es heißt weiter: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! ... Jawohl, Hindenburg, Brüning und (Reichsinnenminister) Groener wollen die braunen Hitleragenten des kapitalistischen Systems schrittweise an den Staat bringen". Die Nazis antworteten, indem sie Thälmann als "russischen Kavalleriegeneral" denunzierten, der auf Geheiß der Sowjetunion an der Wahl teilnahm und lediglich ein Zählkandidat sei: "Wer für Thälmann eintritt, verzichtet darauf, seine Stimme entscheidend in die Waagschale zu werfen. Er spielt lediglich eine Statistenrolle und fordert durch seinen be-

# An alle WERKTÄTIGEN OLDENBURGS!

## Streik gegen die Zwangsarbeit!

Im Landesteil Lübeck müssen die Wohlfahrtserwerbslosen Pflichtarbeit leisten, ohne dafür tarifliche Entlohnung zu bekommen. Selbst die Wohlfahrtsunterstützung wurde nur zu 70 Prozent, zuweilen überhaupt nicht ausgezahlt. Die Wohlfahrtserwerbslosen beschlossen gemeinsam den Streik und führten ihn auch geschlossen durch. Der Gemeindevorsteher zahlte die Unterstützung dann aus und versprach, die rückständige Unterstützung nachzuzahlen. Der geschlossene Kampf aller Arbeiter ist der beste Schutz gegen Hunger und Unterstützungsraub.

## Die Schüle in Groß-Parin geschlossen!

Auf Grund der Sparmaßnahmen der Carmer Regierung ist die Schule in Groß-Parin geschlossen. Polizei mußte die Schulbänke nach Neuseefeld bringen. Die Kinder haben jetzt den weiten Weg nach Neuseefeld zur Schule machen. Die Eltern beschlossen in der Elternversammlung, restlos den Schulstreik. Die Kommunistische Partei steht geschlossen für die Unterstützung der kämpfenden Eltern, gegen Schließung der Schulen, gegen die Entlassung der Lehrer. Verbreitet den Kampf auf die übrigen Orte.

## Die Siedler müssen den Kampf führen!

Trostlos ist die Lage der Siedler. Seit Jahren arbeitslos, müssen sie die Staatszuschüsse mit 6 Prozent verzinsen. Die Bauplätze kosten ihnen 1,50 RM pro Quadratmeter und sind mit 4 Prozent zu verzinsen, einschließlich Amortisation. Da die Siedler noch Privatdarlehen in Höhe von etwa 1000 Mark zur Herstellung ihrer Siedlung aufnehmen mußten, ist dieses Darlehen mit 10 Prozent zu verzinsen. Die Siedler können die Zinsen nicht zahlen.

Was sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Fick gegenüber der Regierung?

„Die Siedler können bezahlen, sie wollen aber nicht."

Die Folge ist: die Regierungen in Eutin und Oldenburg betreiben Pfändungen und Zwangsversteigerungen und treiben die Siedler von Haus und Hof.

Kämpft mit der KPD für Zinsstundungszuschüsse durch die Regierung.

## Fordert Beihilfen für die Fischer!

Die Fischer leiden besonders unter der Wirtschaftskrise. Die Fischer müssen ihre Forderungen gemeinsam mit den Arbeitern aufstellen und erkämpfen. Kämpft mit den Kommunisten für die Durchsetzung von Zuschüssen von der Staatsregierung, zinslos und nicht rückzahlbar, für Netzbeschaffung, für Ersatz und Neuanschaffung von Motoren, Booten und Geräten.

## Kämpft für Arbeitsbeschaffung!

Die Erwerbslosigkeit steigt. Die Arbeitslosen müssen zur Bekämpfung ihrer Not für folgende Forderungen kämpfen:

1. Bau von Arbeiterwohnungen.
2. Straßen- und Chausseebau.
3. Ausbau der Entwässerungsanlagen für Schwarten-Neuseefeld.

## Zur Finanzierung:

☐ Abbau der hohen Gehälter bis auf 1000 Mark Höchstgehalt.
Streichung der Zuschüsse an die Kirche.

☐ Erhebung einer Sondersteuer für den Großgrundbesitz von 10 Mark pro Hektar, bei einem Besitz von 50 Hektar aufwärts.

*Abb. 6:* SAE, Nr. 3237

# Werktätiger Bauer, kämpfe mit uns!

1930 fanden in Deutschland 16 159 Zwangsversteigerungen statt. 1931 in Deutschland (ohne Bayern) sogar weit über 20 000 Zwangsversteigerungen.

Hitler will, daß euch der Exekutor von der Scholle jagt.

Hier der Beweis:

Hitler schloß den Ortsgruppenführer der NSDAP Tonstien aus Ejendorf und einige Kleinbauern aus der Nazipartei aus, weil sie eine Zwangsversteigerung verhinderten!

# Die Naziführer verfressen, versaufen Euer Geld!

Der Ausschuß 1 des Oldenburger Landtags veranstaltete in Birkenfeld ein Spießbratenessen. 25 Pfund feinstes Rindfleisch wurden verfressen. Dann ging es per Auto nach Bad Zwischenahm zum Saufen. Nazis und Zentrumsführer rieben sich gemeinsam bei dieser Spießbratentour den Bauch vor Freude. Auf deine Kosten, Arbeiter, Pächter und Bauer!

# Der Arbeitslohn wird erneut abgebaut!

Das Schwerkapital und der Großgrundbesitz holen zum großen Schlag gegen die Löhne der Arbeiter aus. Reichsregierung, Schlichter und Gewerkschaftsbonzen beginnen den Lohnabbau. Die Brüning- und Cassebohm-Regierung senken die Erwerbslosenunterstützung ganz erheblich. Der Finanzminister in Oldenburg erklärt vor dem Landtag am 30. März 1932:

„Soviel sich übersehen läßt, sind nennenswerte Ausgaben in der sozialen Fürsorge für 1932 nicht zu erhoffen."

Das heißt: Beseitigung der Wohlfahrtsunterstützung überhaupt! Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen steigt.

Die Cassebohm-Regierung meldet Beseitigung der Unterstützung an. Nazis, SPD und Zentrum schweigen und stimmen zu. Der Landtag kann nach Hause gehen, die Cassebohm-Regierung darf neue Steuern erheben. Die Lehrergehälter werden nicht garantiert. Verschärfte Eintreibung der rückständigen Steuern und Pachten mit Polizeigewalt.

**So sieht die gemeinsame Front von der SPD bis Nazis aus!**

Die Nazis bereiten sich für die Regierungsgeschäfte vor. Der Kuhhandel hat begonnen. Das Fell der Arbeiter und Bauern wird für Futterkrippen verkauft.

# Hinein in die gemeinsame Kampffront!

**Kampf gegen den Lohn- und Unterstützungsraub!**

**Kampf für die Senkung der Pachten!**

**Steuerfreiheit für Pächter, Siedler und Bauern mit einem Besitz bis zu einer Ackernahrung!**

# Kampf für Arbeit, Brot, Boden und Freiheit!

## KPD, Wasserkante

Verantwortlich: Gustav Bruhn, Mdl. Lübeck. Druck: Graphische Industrie Hamburg GmbH.

langlosen Stimmzettel praktisch den Sieg des Notverordnungskanditaten Hindenburg". Die SPD argumentierte ähnlich, kam aber zu gegensätzlichen Schlüssen: "Die abgegebenen Stimmen für (Thälmann) sind ungültig, d. h. es sind in ihrer praktischen Wirkung Stimmen für den Kandidaten des Faschismus. Wer Thälmann wählt, wählt Hitler!" Obwohl solche Aussagen der Gegner der KPD durchaus eigennützig waren, scheinen sie vor allem die zweite Abstimmung beeinflußt zu haben. Während Thälmann im Landesteil Lübeck ursprünglich 1922 Stimmen (= 6,9%) erhielt, das höchste absolute Ergebnis bis dahin für die KPD dort, fiel die Zahl auf unter 1400 (= 5%) im entscheidenden Wahldurchgang. Diese Phänomen konnte im ganzen Land beobachtet werden.[47]

Die Partei erzielte bei der Landtagswahl am 29. 5. 1932 in etwa das gleiche Ergebnis, obwohl eine geringere Beteiligung einen höheren prozentualen Anteil für die KPD bedeutete: 7,46%. Wieder sah sich die KPD nicht nur von den Nazis gestört, die Druck auf die Dorfwirte ausübten, ihre Räume nicht für kommunistische Versammlungen zur Verfügung zu stellen, sondern auch von den Behörden. In Eutin zum Beispiel versuchten Nazi-Stadträte alle derartigen Versammlungen mit der Begründung zu verbieten, die KPD rufe angeblich zum "Landesverrat" auf: "Landesverräter haben kein Recht, in der Stadt Eutin zu marschieren." Der deutschnationale Bürgermeister lehnte dieses Verlagen ab, "um eine gleichmäßige Behandlung aller Parteien zu gewährleisten und um dem Vorwurf einer Wahlbeeinflussung zu ungunsten einer Partei zu begegnen". Auch wies die Eutiner Regierung eine Auflage an die Partei zurück, mit einer finanziellen Bürgschaft für das ordnungsgemäße Betragen ihrer Mitglieder einzustehen. Trotzdem wurde eine Demonstration der KPD, nachdem sie endlich genehmigt worden war, von der Polizei vor Beginn aufgelöst, als herauskam, daß die Teilnehmer aus benachbartem preußischem Gebiet gekommen waren und nicht - wie vorgeschrieben - Bürger des Landesteils waren. Dieser Eingriff wurde allerdings nicht friedlich ausgetragen: Die Kommunisten weigerten sich, sich auf Anordnung aufzulösen, und griffen stattdessen die Polizei mit Steinen und Schlagstöcken an. Diese erlaubte ihnen dann - von Beamten mit gezogenen Pistolen begleitet - durch einen Teil der Stadt zu marschieren. Erst nachdem sie in den städtischen Randgebieten eine Versammlung abgehalten hatten, zogen sie sich in Richtung Lübeck zurück. Aber, wie es sozialdemokratischen Zeitungen nicht entging, war das Verbot inkonsequent, weil am Abend vorher Nazis - ebenfalls von außerhalb - eine Parade in der Stadt genehmigt worden war.

Erwartungsgemäß wurde auch der Antrag der KPD auf eine zweite Versammlung (dieses Mal drinnen) vor dem Wahltag mit der Begründung abgelehnt, die NSDAP hätte bereits für die gleichen Stunden die Erlaubnis erhalten, in Eutin zusammen zu kommen. Ansonsten scheint der Wahlkampf der Partei eher lustlos geführt worden zu sein, bestehend zumeist aus der Benutzung eines Lautsprecherwagens und Flugblätterverteilung. Diese kritisierten die lokale Verwaltungspolitik, die Wohlfahrtsempfänger zwang, für niedrigen Lohn zu arbeiten und verlängten ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das durch eine spezielle Besteuerung des Eigentums von Groß-

grundbesitzern zu finanzieren sei. Dies reichte nicht aus, um den Aufstieg der NSDAP aufzuhalten, die ihren Stimmenanteil bei der zweiten Präsidentschaftswahl (48,6%) auf eine knappe Mehrheit im Landesteil steigerte.[48] So konnte sie die Amtsgeschäfte in Oldenburg als Deutschlands erste reine Nazi-Regierung übernehmen.

*Unterdrückung und Widerstand*

Das Dritte Reich begann im Gebiet von Eutin schon Mitte Juli 1932, über ein halbes Jahr bevor Hitler Reichskanzler wurde, mit der Einsetzung des SA-Führers Böhmcker als Regierungspräsidenten des Landesteils Lübeck. Diese Situation, in der immer noch ein nicht-nationalsozialistisches Reichskabinett die Regierungsgewalt innehatte, eignete sich zum Testfall für die kommunistische Doktrin, daß solch ein Ministerium- wie auch das vorherige bürgerlich-demokratische Regime in Oldenburg - sich nur unwesentlich von dem "vollen Faschismus" unter Führung Hitlers unterscheide.[49] Freilich hatte ein Eutiner Amtsgericht gerade einige Wochen vorher den Flaggenträger unter 20 KPD-Mitgliedern, die ein Demonstrationsverbot zum 1. Mai nicht eingehalten hatten, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl es keine Beweise dafür gab, daß er wirklich der Anstifter war. Böhmcker seinerseits war gleichermaßen entschlossen, die Aktivitäten der Partei so weit wie möglich einzuschränken.

So wurden ihre Gesuche zur Durchführung von Veranstaltungen in Eutin und Schwartau aus dem dubiosen Grund abgelehnt, daß Straßen und öffentliche Plätze für anderen Zwecke als als Plattform für politische Demonstrationen vorgesehen wären (wofür die NSDAP sie seit Jahren genutzt hatte!); solche Veranstaltungen könnten nur innerhalb geschlossener Räume oder an anderen Orten, die die Behörden für passend hielten, stattfinden - vermutlich weit entfernt vom öffentlichen Anblick und damit von geringer propagandistischer Wirkung.[50] Der neue Regierungspräsident unterrichtete seine Untergebenen ebenso, daß kommunistische Redner, die gegen den sogenannten Freiwilligen Arbeitsdienst agitierten, der im Landesteil zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eingeführt worden war, zuerst gewarnt werden sollten; bei erneuter Mißachtung wäre die fragliche Versammlung sofort aufzulösen (was aber nie vorgekommen zu sein scheint). Kleider- und Lebensmittelsammlungen für die Internationale Arbeiterhilfe und die Rote Hilfe Deutschlands - die sozialen Wohlfahrtsorganisationen der Partei - wurden streng überwacht, um sicherzustellen, daß sie keine finanziellen Zuwendungen erhielten, die direkt für politische Zwecke genutzt werden könnten. Auf Grund von Erlässen des Oldenburger Ministeriums für Kirchen und Schulen, die die Nazis lange vordatierten, wurden Schritte unternommen, gedrucktes Material zu beschlagnahmen, dessen Ursprung der KPD zugeschrieben wurde und das in Schulen im Umlauf war.[51]

Keine dieser Aktionen der Eutiner Nazi-Regierung konnte die Arbeit der Partei entscheidend behindern. Andere Maßnahmen, die Böhmcker gegen sie ergreifen wollte, wurden ebenfalls zunichte gemacht durch die ungebro-

chene Existenz legaler Normen, die von den Gremien angewandt wurden, die (noch) nicht unter seiner Kontrolle waren. Als er z. B. versuchte, das KPD-Landesausschuß-Mitglied Matthews gerichtlich verfolgen zu lassen, weil dieser ein Flugblatt verteilt hatte, das die Finanzverwaltung des Landesteils als "verschwenderisch" beschrieb, wurde er von der Staatsanwaltschaft in Lübeck belehrt, daß eine solche Ausdrucksweise - so bedauerlich sie auch sei - nicht den Tatbestand der Diffamierung erfülle, besonders "wenn man den Bildungsgrad des Verfassers und denjenigen seiner Leser zum Maßstab nimmt"; der Fall wurde still fallengelassen.[52] Noch erhellender war die strikte Weigerung des Leiters der Gendarmerie-Abteilung im Landesteil Lübeck, sich der Forderung der Nazis zu beugen und eine Propagandafahrt Hamburger Kommunisten durch das Gebiet zu verhindern - mit einem Lautsprecherwagen, für den sie vorher die Erlaubnis erhalten hatten -, allein weil sie Regierungspräsident Böhmcker angriffen. Der Polizeioffizier erklärte, daß das Gesetz keine Grundlage für eine Intervention solcher Art böte, ganz abgesehen von der Beschlagnahmung des Fahrzeugs und der Schallplatten, auf der die Nazis ebenfalls bestanden. Dann begleitete er das Automobil aus dem Gebiet heraus bis in Sicherheit. Dafür wollten die Nazis - vergeblich - seine Versetzung durchsetzen.[53] Zusätzlich dazu erreichte das KPD-Mitglied im Landesausschuß in Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten die Auflösung von Böhmckers notorischer Hilfspolizei durch den Innenminister in Berlin (ein Deutschnationaler). Es handelte sich um eine Truppe von SA-Leuten, die im Sommer 1931 rekrutiert worden waren und prompt eine Terrorherrschaft ausübten, besonders gegen linke Feinde des Regimes. So lange die parlamentarischen Institutionen funktionierten, waren sie ein Forum, auf dem die Politik der Nazi-Regierung genau geprüft und die Fehler publiziert werden konnten: sogar als die NSDAP und die bürgerlichen Fraktionen des Landesausschusses eine Eingabe der SPD, die unterstützt wurde von Matthews, den Arbeitslosen über Winter eine Spezialhilfe in Form von Kohl und Kartoffeln zukommen zu lassen, ablehnten, brachte eine Menge von zornigen Beobachtern die Sitzung zu einem vorzeitigen Abschluß mit Rufen wie "Arbeiterverrat", "Rotfront" und "Freiheit" (bei den ersten beiden handelt es sich um kommunistische Schlagwörter).

Solche Demonstrationen brachten das Regime natürlich kaum in Gefahr. Ebensowenig wie die - sicherlich kommunistisch inspirierte - Unterbrechung der Rede, die Hitler während der Reichstags-Wahlkampagne im November 1932 in Schwartau hielt (die elektrische Leitung für Licht und Verstärker in dem großen Zelt, wo er sprechen sollte, wurde zeitweise unterbrochen).[54] Nichtsdestotrotz dienten sie dazu, den Geist der Opposition gegen den Nationalsozialismus zu stärken, wie es sich auch bei der Wahl zeigte: in den beiden Wahlen vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler konnte sich die KPD im Landesteil Lübeck ihre höchste bisherige Anzahl an Wählerstimmen sichern (2449 am 6. November), obwohl sie damit immer noch erst die Hälfte des nationalen Durchschnitts der Partei erreichte und weit hinter der schwankenden Unterstützung für die NSDAP blieb.[55]

Die Betrachtung dieser Umstände scheint die kommunistische Sichtweise, die Unterschiede zwischen der demokratischen Republik und dem Dritten Reich seien nur prozentual, kaum haltbar[56], wie die Geschehnisse nach dem 30. Januar 1933 im ganzen Land auch schnell zeigten.[57] Sofort am darauffolgenden Tag übernahm die Regierung in Oldenburg das in Preußen von dem neuen NS-Reichsinnenminister eingeführte Verbot aller öffentlichen Versammlungen der KPD und ihr nahestehender Organisationen. Dies sei mit allen nötigen Mitteln durchzusetzen. Der Polizei wurde ebenso befohlen, kommunistische Treffen jeder Art zu überwachen und sofort zu unterbrechen, sobald ein Streikaufruf oder andere "hochverräterische" Aktivitäten getätigt wurden, und Vorbereitungen für umfangreiche Durchsuchungen von Parteibüros und der Wohnsitze von "verdächtigen" Funktionären zu treffen. Druckerzeugnisse sowie Waffen seien zu konfiszieren, "wenn auch an sich erlaubtes Sportgerät", und Führer der KPD seien festzunehmen, wo immer ausreichender Tatverdacht vorläge. Der geplante Schlag fiel auf Eutin, Stockelsdorf, Rensefeld und andere Orte im Landesteil am 8. und 9. Februar.[58] Die Häuser einiger Kommunisten wurden überfallen, fünf Personen wurden in Gewahrsam genommen und einige Waffen, ein Munitionsvorrat, eine Vervielfältigungsmaschine, Flugblätter und andere Gegenstände beschlagnahmt. Die Männer wurden allerdings innerhalb kurzer Zeit freigelassen, offensichtlich auf Druck der Lübecker Staatsanwaltschaft, da keine genügende Grundlage für ihre Festnahme gegeben war: in ihrem Besitz befanden sich keine illegalen Gegenstände.[59] Die Aktion war unter den Vorschriften der "Notverordnung zum Schutze des Deutschen Volkes" vom 4. Februar durchgeführt worden, welche das Oldenburger Kabinett drei Wochen später auch benutzte, um alle öffentlichen Sammlungen von Gütern oder Geld für die KPD außer unter eigenen Mitgliedern für illegal zu erklären. In der Zwischenzeit wurde eine Atmosphäre der Hysterie geschaffen, die die Kommunisten hinter verschiedenen Fällen von Brandstiftung im Landesteil stehen sah; sie wurden beschuldigt, ihr Demonstrationsverbot zu umgehen, indem sie an solchen der Sozialdemokraten teilnahmen; und die Ausstellung von Pässen wurde enger überwacht, um ihren Mißbrauch durch Anhänger der KPD zu verhindern.[60] Analog zu Preußen wurde die infame Zusicherung des dortigen Innenministers Göring an Polizeibeamte, daß er es immer verteidigen würde, wenn sie sich zum Waffengebrauch entschlössen - auch illegal - auch in Oldenburg an Polizisten weitergegeben, "mit aller Strenge" bei sämtlichen Fällen von "Terrorakten" und kommunistischen Angriffen auf Anhänger der nationalen Regierung vorzugehen: "wenn nötig, [ist] rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen".[61]

Diese Terrorkampagne erreichte ihren Höhepunkt in der Woche vor der Reichstagswahl, die für den 5. März angesetzt war. Von Anfang an war die KPD durch strikte Anweisungen in Bezug auf Agitationsmethoden auf ihrem letzten Appell an die Wähler behindert worden. Im Gegensatz dazu denunzierten NS-Wahlanzeigen und Redner rundheraus die "roten Parasiten" und "Landesverräter" und verlangten: "Rottet den Bolschewismus mit Stumpf und Stiel aus Deutschland aus!"[62] "Mit dieser Mordpest werde nach dem 5. März in Deutschland aufgeräumt werden. Dann mögen sie ihre Versammlungslokale in die Zuchthäuser verlegen." Diese Aussicht zeichnete

sich noch viel deutlicher ab nach dem Reichtstagsbrand in der Nacht vom 27. Februar. Am folgenden Tag verabschiedete das Hitler-Kabinett die "Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" zur "Abwehr staatsgefährdender kommunistischer Gewaltakte". Sie ermöglichte dem Ministerium in Oldenburg, sofort alle Publikationen der KPD einzuziehen, jede Parteiversammlung zu verbieten und erneute Durchsuchungen ihrer Büros durchzuführen, was de facto hieß, daß die Partei von nun an verboten war im "Freistaat". Den Sicherheitskräften wurde angeordnet, mit Hilfe der wiedererstandenen SA-"Hilfspolizei" nicht nur öffentliche Gebäude und Einrichtungen (Brücken, Kraftwerke usw.) vor vermeintlichen kommunistischen Anschlagplänen zu schützen, sondern auch Anhänger der KPD festzunehmen, die angeblich beabsichtigten, Polizisten sowie Mitglieder der sogenannten "Nationalen Verbände", die loyal dem Regime dienten, anzugreifen und zu entwaffnen.[63] Damit war einer großangelegten Einkerkerung der deutschen Kommunisten die Tür geöffnet, sobald die Wahl vorüber war (Im Landesteil Lübeck verlor die Partei fast 500 Stimmen, behielt aber die Unterstützung von proportional mehr als doppelt soviel Wählern als sie 1925 hatte - ein bemerkenswertes Zeugnis ihres festen Willens, den Nationalsozialismus auch unter härtesten Bedingungen zu bekämpfen).

Während die "Notverordnung" vom 4. Februar eine Untersuchung durch die Gerichte für jeden der festgenommen wurde, noch sicherte, erlaubte die sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" der Polizei, Gefangene für eine unbestimmte Zeit ohne Hinzuziehung irgendeines anderen Justizorgans in "Schutzhaft" (sic!) festzuhalten. Überdies konnten Personen so behandelt werden, als rein vorbeugende Maßnahme zur Ausschaltung der von "staatsfeindlichen Elementen drohenden Gefahren".[64] Die erste Gruppe im Landesteil, die auf diese Weise interniert wurde, waren Kommunisten, die sich konspirativ in Fissau bei Eutin am Wahlabend trafen, nachdem die preußische Polizei vor einem bewaffneten Aufruhr der KPD gewarnt hatte. Insgesamt wurden acht Männer verhaftet und im Laderaum des Lasters, der sie zum Gefängnis transportierte, von waffentragenden SA-"Hilfspolizisten" brutal mißhandelt. Weil bei dem Überfall einige Waffen und Munition entdeckt worden waren, wurden drei von ihnen schließlich vor Gericht gestellt und erhielten Gefängnisstrafen von bis zu einem Jahr; die anderen wurden bald freigelassen.[65]

Dann folgte eine systematische Suche nach all den Personen, die in dem Bericht vom 1. Februar von der Eutiner Regierung an den Ministerpräsidenten von Oldenburg über die Organisation der Partei im Landesteil Lübeck genannt waren[66], ganz oben Landtagsabgeordneter Matthews. Obwohl er mittlerweile nach Hamburg gezogen war, wurde er dort in Haft genommen, 1934 zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt wegen "Vorbereitung zum Hochverrat" und nach Abbüßen dieser Strafe in das KZ Sachsenhausen gebracht. Seine Frau erlitt ein ähnliches Schicksal: sie mußte fast drei Jahre Haft in den Händen der Nazis verbringen.[67] Matthews' Nachfolger, der Propagandaleiter der Partei in dem Gebiet, Karl Malchow, konnte nur an einer Sitzung des Ausschusses teilnehmen, bevor er, wie alle Kommunisten, die

in deutsche Parlamente gewählt worden waren, ausgeschlossen wurde: kurze Zeit später wurde auch er verhaftet.[68]

Malchow wurde in dem "wilden" Konzentrationslager gefangengehalten, das Böhmcker im Frühsommer 1933 errichtete - ursprünglich als Teil des Eutiner Amtsgerichtsgefängnisses und danach an einigen anderen Orten im Landesteil. Bevor es im Mai 1934 geschlossen wurde, durchliefen über 300 Gefangene diese Institution, die Mehrheit von ihnen entweder nachgewiesenerweise oder verdächtigte Kommunisten. Von den 28 Funktionären z. B., die im obengenannten Februarbericht identifiziert wurden, waren mindestens 23 zu irgendeinem Zeitpunkt in dem Lager. Ein Funktionär aus Stokkelsdorf wurde in Berlin aufgespührt, dort gefangengenommen und dann nach Eutin zurückgebracht, wo er mehrere Monate in Böhmckers Schutzhaftlager zubrachte.[69] Dort wurden er und seine Mithäftlinge gezwungen, in Schwerstarbeit Straßen zu bauen, Sumpfgebiete auszutrocknen für den Akkerbau, im Steinbruch zu schuften und andere Aufgaben zu erledigen, die von der Regierung angeordnet wurden, manchmal unter Mitwirkung von Gemeinderäten, die sich eine Verbesserung ihr Besitzes erhofften, ohne hohe Arbeitskosten tragen zu müssen. Wenn auch im Ganzen genügend ernährt, waren die Gefangenen oft schlecht untergebracht und gekleidet, besonders, da sie bei jedem Wetter draußen arbeiten mußten. Anders als in Lagern wie Dachau gab es keine Todesfälle; Gefangene wurden jedoch wahllos von SA-Wächtern geschlagen, besonders diejenigen, die bei einem Fluchtversuch ertappt wurden.[70]

Während einige Kommunisten in "Schutzhaft" genommen wurden, einfach weil bekannt war, daß sie zu der Partei gehörten (dies galt im besonderen für ihre Funktionäre), waren viele andere Gründe, die zur Verhaftung führten, eher vage - wegen "politischer Machenschaften", "Agitation", "Bemerkungen" usw. - oder können überhaupt nicht mehr ermittelt werden. Andere jedoch landeten im Eutiner KZ, weil sie sich weiterhin an Aktivitäten beteiligten, die das Regime für illegal erklärt hatte. Darunter waren Personen, die Schreibmaschinen und Vervielfältigungsmaschinen versteckten, die sich heimlich nach Verbot der KPD trafen oder Parolen an Wände und Bürgersteige malten, wie z. B. "Es lebe die Rote Front!". Lagerräume und Postkästen wurden von der Polizei durchsucht nach kommunistischem Material jeder Art, meistens ohne Erfolg.[71]

Die vielleicht am meisten erhobene Klage gegen die Anhänger der Partei war die der heimlichen Flugblattverteilung. Diese wurden am Straßenrand und anderen öffentlichen Plätzen ausgestreut gefunden, wo sie von den Passanten aufgehoben und gelesen werden konnten. Eines, das aus dem Landesteil Lübeck erhalten geblieben ist, weil es von einem Dienstmädchen der Behörde übergeben wurde (wieviele Flugblätter der KPD wurden wohl ähnlich behandelt?), verurteilt Gerichtsverfahren und Todesstrafen an mehreren Kommunisten, die teilhatten an dem blutigen Zusammenstoß mit Nazis in Altona am 17. Juli 1932. Auf schlechtem Papier vervielfältigt, ohne Zweifel Ausdruck der miesen finanziellen Verhältnisse der Partei, lehnte das Flugblatt nicht nur das Urteil des Gerichts ab, sondern forderte die Le-

ser ("Arbeiter und Bauern!", "Mittelständler und Intellektuelle!") auf, ihre Genossen samt Ernst Thälmann vor der Inhaftierung zu retten mittels Massenprotestes in den Fabriken und beim Arbeitsamt und eines Generalstreiks "gegen die faschistische Diktatur".[72]

Waffen, die allein einen solchen Aufstand durchführbar gemacht hätten, wurden immer mal wieder in geheimen Waffenlagern vermutet; die Gerüchte führten Ende Oktober 1933 und noch einmal im Januar 1934 zu den letzten großen Aktionen der Polizei und ihrer SA-Helfer gegen die KPD im Landesteil. Einige Dokumente, gestohlene Waffen und Fahnen wurden gefunden, mehrere Personen wurden verhaftet. Eine Anzahl von ihnen wurde in das KZ gebracht, und eine Ermahnung erschien in der Eutiner Zeitung: Wenn sich solche Taten wiederholten, würden Kommunisten, die schon entlassen wären, wieder gefangengenommen, "gleichgültig, ob eine Beteiligung nachgewiesen werden kann oder nicht". Außerdem würde die Regierung "nicht davor zurückschrecken, die Behandlung der bereits in Schutzhaft eingelieferten Marxisten in fühlbarster Weise zu verschärfen".[73] Die Androhung von Repressalien, zusammen mit Gefängnisstrafen von bis zu 15 Monaten für einen Kommunisten wegen fortgeführten Sammelns für die Partei, neben anderen Dingen, hatten schließlich den erwünschten Erfolg: Im Spätfrühjahr 1934 war der offene Widerstand gegen das Nazi-Regime in der Gegend von Eutin endgültig gebrochen.

Lange bevor Böhmckers Konzentrationslager im Rahmen der Zusammenlegung des gesamten Nazi-Terrorapparates ausschließlich in die Verantwortung der SS gegeben wurde, waren die meisten seiner kommunistischen und anderen Gefangenen entlassen worden. Gelegentlich geschah dieses auf Bitten der zu Hause ohne Einkommen zurückgelassenen Ehefrauen hin, zumeist aber auf Geheiß der Oldenburger Regierung, um Gefängniskosten zu reduzieren. Abgesehen davon, daß die Nazis zuversichtlich waren, die verbleibende Opposition zu ihrer Herrschaft ohne übermäßige Schwierigkeiten erfassen zu können, erkannten sie, daß während der Gefangenschaft sogar einige Kommunisten "anderen Sinnes geworden sind" oder "wenigstens die Zwecklosigkeit der Weiterverfolgung ihrer bisherigen Ziele eingesehen haben". Solche Personen konnten leicht wieder ins Lager zurückgebracht werden, "sobald sie sich erneut in staatsfeindlichem Sinne betätigen".[74] Einige Kommunisten verrieten in der Tat ihre Partei, um die Entlassung zu erwirken oder einen Arbeitsplatz zu sichern und traten, soweit erlaubt, der SA oder der NSDAP bei. Im Landesteil Lübeck scheinen Zwischenfälle dieser Art jedoch selten und sicher nicht häufiger als bei ehemaligen Mitgliedern des sozialdemokratischen Reichsbanners gewesen zu sein.[75] Keine Betätigung in "marxistischer Subversion" vorausgesetzt, sollten einstigen Gefangenen keine Hindernisse bezüglich Beschäftigung in den Weg gelegt werden; in Wirklichkeit konnten viele aber erst Jahre später wieder angemessene Arbeit finden.[76]

Nach Mitte 1934 gibt es relativ wenige Berichte über direkten Widerstand ehemaliger KPD-Mitglieder im Landesteil Lübeck; viel offensichtlicher war ihre ununterbrochene Verfolgung durch die Nazis. Zwar ersparte die Tatsa-

che, daß keine Kommunisten bei der Eutiner Regierung beschäftigt waren, ihnen die Härte des "Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", das den Staatsdienst von Sozialisten und anderen vom Regime als "untragbar" beurteilten Personen säuberte. Diese Bezeichnung trifft jedoch auf einen Oberschüler, der zur Jugendorganisation der Partei gehörte und früher Naziredner öffentlich angegriffen hatte, zu: Ihm wurde die Erlaubnis verweigert, seine Schulausbildung abzuschließen (die er abgebrochen hatte, um einen Job zu finden, nachdem die Polizei bei ihm nach einer Durchsuchung verbotene Flugblätter in seinem Zimmer fand).[77]

Auch wurden alle Bürger, die sich um bezahlte oder sonstige Stellen im Staat bewarben, verpflichtet, offenzulegen, ob sie jemals Mitglied der KPD oder einer der ihr angegliederten Organisationen gewesen waren. Genau diesem Personenkreis wurden Privilegien, die den meisten anderen Deutschen offenstanden (z. B. günstige Kredite, wenn man heiratete), oft verweigert. Sogar diejenigen, die harmlosen Clubs angehörten, wurden von den mit der Überwachung des Vereinsleben beauftragten Behörden des Dritten Reichs als "politisch unzuverlässig" abgestempelt.[78]

Solche diskriminierenden Maßnahmen trugen zweifellos dazu bei, bei vielen ehemaligen Kommunisten eine grundsätzlich feindselige Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber zu bewahren, die sich ab und zu in Form von Widerstandstaten entlud. Daher sprechen auch übriggebliebene Berichte der Gestapo im Landesteil Lübeck von sporadischer Opposition in Form von Untergrund-Treffen, der Verteilung anti-nationalsozialistischer Flugblätter und Ähnlichem. In einem Fall antwortete ein Landarbeiter auf den Hitlergruß mit "Rotfront"! und unschmeichelhaften Bemerkungen über den Führer und mußte sich deswegen vor dem Hamburger Sondergericht verantworten. Einige andere Kommunisten oder KPD-Sympathisanten wurden wegen eines Angriffs auf einen SS-Mann, der einen Parteikameraden bei der Polizei denunziert hatte, zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Diese nur alltägliche Form von Verfolgung im Dritten Reich wurde regelmäßig bei ehemaligen KPD-Funktionären angewandt: Nachbarn überwachten deren Tun und benachrichtigten die Behörden, wann immer sie bei abweichendem Verhalten entdeckt wurden, wie beim Hören verbotener Musik ("Die Internationale"), dem Erzählen von Witzen über führende Nazis oder dem Diskutieren politischer Ereignisse wie dem Spanischen Bürgerkrieg. Wenn sie diese Aktivitäten nicht irgendwie als harmlos abtun konnten, konnte der Aufenthalt in einem Konzentrationslager - gewöhnlich in Hamburg-Fuhlsbüttel - die Folge sein. Dies war auch für Kommunisten, die eine "legale" Gefängnisstrafe schon abgesessen hatten, oft das Schicksal.[79]

Laut Gestapo diente dieses undurchlässige Netz von Repressionen, verstärkt durch antikommunistische Propaganda in Film und Presse, der die Bevölkerung im allgemeinen sowie die Naziaktivisten ständig ausgesetzt waren, dazu, jeglichen Ansatz einer systematischen Opposition der restlichen KPD-Anhänger im Keim zu ersticken. Das hatte jedoch den Effekt,

daß keiner der Kommunisten sein Leben direkt wegen der Diktatur ließ[80], obwohl einige in anderer Hinsicht schwer zu leiden hatten.[81]

Merkwürdig genug war, daß unter ihren einstigen dortigen Feinden die Nazis den Sozialdemokraten, die nach 1933 an keinerlei nennenswertem Widerstand mehr beteiligt waren, die meisten Todesfälle zufügten.[82]

*Schlußfolgerung*

Welche Rolle spielte die KPD bei dem im Landesteil Lübeck schon im Sommer 1932 erfolgten Aufstieg der Nazis zur Macht? Hatte die von ihr verfolgte Politik die Schwächung der Barrieren gegen die Naziherrschaft gefördert, wie der Partei als ganzer in Deutschland vorgeworfen wurde? Oder waren ihre Mitglieder stattdessen entschiedene Gegner von Hitler? Zwar entwikkelte die Parteiführung in ihrer sog. "Dritten Periode" nach 1928 keine eindeutige Strategie gegen die NSDAP als den Hauptfeind und weigerte sich, die Weimarer Republik vom bevorstehenden Dritten Reich zu unterscheiden (beide wurden gleichermaßen "faschistisch" genannt). In der Regel jedoch bekämpfte das kommunistische Fußvolk die SA auf den Straßen in unverkennbarer Einsicht der wahren Gefahr, wie Herman Weber betont.[83] Diese Unterscheidung wären anzuwenden auf die Eutiner Situation - und vielleicht auch auf andere Gebiete Deutschlands.

Trotz der geographischen Nähe zum und des organisatorischen Anschlusses an den machtvollen Hamburger Bezirk der KPD (dessen formale Struktur zumindest nach seiner "Bolschewisierung" in den Mitt-Zwanzigern streng hierarchisch und dem Diktat Moskaus in allen wichtigen Fragen gehorsam war[84], blieb der Landesteil nur begrenzt bedeutend für die Parteiagitation im nördlichen Deutschland und deshalb weniger streng unter der Kontrolle der übergeordneten Leitung. D. h. die vom Zentralkomitee oder die vom Exekutivkomitee der Komintern festgelegte Politik der KPD scheint an der Basis nicht überall mit der vorgesehenen Strenge umgesetzt worden zu sein. So sah ein von Emil Matthews verfaßtes kommunistisches Wahl-Flugblatt, daß NSDAP und SPD als sozialistisch feindlich gesonnen zusammenfaßte, von dem für letzere so beleidigenden Zusatz "Sozialfaschismus" ab.[85]

Damit wurde die Möglichkeit der praktischen Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten im Landesausschuß offen gelassen; diese verteidigten im Gegenzug Kommunisten, die einer Verfolgung durch die Nazis ausgesetzt waren. Desgleichen stand die KPD-Presse ein für die "Reichsbanner-Proletarier", wenn nicht deren Führer, die nach dem Tod des SS-Mannes in Eutin im November 1931 terrorisiert wurden.[86]

Nichts davon lief jedoch auf einen dauerhaften Versuch einer der beiden Arbeiterparteien, eine echte "Einheitsfront" gegen den Nationalsozialismus aufzustellen, hinaus. Dafür war ihre jeweilige Größe zu unterschiedlich (ganz abgesehen von mehreren anderen, außerhalb des Landesteils liegenden Gründen). Sogar auf dem Höhepunkt der Popularität der KPD bei der Reichstagswahl vom November 1932 übertraf die SPD sie in einem Verhält-

nis von ungefähr 3,5:1, obwohl sie über 1000 Stimmen verlor.[87] Obwohl die Kommunisten nach 1931 stetige Zugewinne bei der Landbevölkerung verzeichneten, blieben der Landarbeiterverband - der größte in der Gegend - und das Eutiner Gewerkschaftskartell fest in sozialdemokratischer Hand.[88] Trotzdem neigten die KPD-Anhänger nicht weniger als solche der SPD dazu, sich der Nazi-Gewalt einfach zu unterwerfen. Das zeigt die Reaktion in der KPD-Hochburg Schwartau-Rensefeld auf die Ausschreitungen auf Fehmarn im Mai 1931. Das Übergewicht der Kommunisten unter den in "Schutzhaft" Genommenen und in Böhmckers Konzentrationslager Eingewiesenen während der Jahre 1933/34 zeugt von ihrem Widerstand bis zur Auslöschung der Freiheit in Deutschland.

Das Scheitern der KPD in und um Eutin sollte weniger in Beziehung zum Nationalsozialismus per se als aus der Perspektive der der Partei dort begegnenden sozialpolitischen Strukturen gesehen werden. Dasselbe kann von der Sozialdemokratie gesagt werden[89]: Angesichts der Begrenztheit ihrer öffentlichen Anziehungskraft, die sich immer noch überwiegend auf Arbeiter bezog, war keine der beiden in der Lage, den Vorteil, den die NSDAP in einer größtenteils ländlichen kleinstädtischen Umgebung, geprägt von Kleinbürgertum und seinen Organisationen (ideologisch nationalistisch, marxistischen und städtischen Einflüssen feindlich gegenüberstehend) besaß, während einer intensiven Wirtschaftskrise auszugleichen. Beide hätten ihre soziologische Basis entscheidend ausweiten müssen, um wahre "Volksparteien" zu werden und so effektiv mit der eklektischen nationalsozialistischen Bewegung konkurrieren zu können; solch eine einschneidende Wandlung war jedoch in der kurzen Zeit bis zum Ende der Weimarer Republik geradezu unmöglich: Bei den Kommunisten, deren Wählerschaft außerdem sehr unbeständig war[90], war man auf das Risiko unvorbereitet, das revolutionäre Programm, für das die Partei stand, auszuführen, bevor nicht die Masse der Wähler gründlich radikalisiert worden war. Dies passierte, wenn auch natürlich nicht in der von der KPD vorhergesehenen Richtung.

Zusammen mit der Sozialdemokratie und allen ihren Verbündeten wurde der Kommunismus 1933 brutal ausgelöscht - ohne eine realistische Chance, selbst eine formale Existenz zu bewahren. Was 1934 übrigblieb, waren einzelne Parteimitglieder, die immer noch dem Nazi-Regime gegenüber ihre abweichende Meinung artikulierten. Ihr "Lohn" dafür waren Monate oder gelegentlich Jahre hinter Gitter.[91] Soweit sie nach dem Krieg in den ehemaligen Landesteil Lübeck (der als preußischer Kreis Eutin am 1. April 1937 in Schleswig-Holstein eingegliedert worden war) zurückkehrten, um mit dem Wiederaufbau ihres Landes zu beginnen, fanden sie sich zusammen mit anderen Antifaschisten von Neuem dem Verdacht wegen ihrer politischen Aktivität durch die Behörden ausgesetzt.[92]

*(Der Aufsatz erschien in englischer Sprache in der Zeitschrift Acta Universitatis Wratislaviensis No. 1072 (1990), S. 325-360. Die Übersetzung ins Deutsche besorgte Dietlind Jochims (Hamburg).*

## Anmerkungen

1 Siehe O. K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969, Einführung von H. Weber, 1. Auflage 1948; A. Bullock: The Germans Communists and the Rise of Hitler, in: The Third Reich, London 1955, S. 504-522; W. Hoegner: Die verratene Republik. Deutsche Geschichte 1919-1933, München 1979 (1. Auflage 1958), S. 317-337; S. Bahne: "Sozialfaschismus" in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History X (1965), S. 211-245; W. Ireland: The Theory and Practice of the Communist Party of Germany between Social Democracy and National Socialism 1929-1931, Baltimore 1971, Diss. an der John Hopkins University; H. Duhnke: Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972; A. Aviva: The SPD and the KPD at the End of the Weimar Republic: Similarity within Contrast, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung XIV (1978), S. 171-186; H. Weber: Die KPD im Kampf gegen SPD und NSDAP, in: W. Michalka (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, S. 85-96.

2 B. Fowkes: Communism in Germany under the Weimar Republic, London 1984, S. 125. Viele Katholiken weigerten sich jedoch aufgrund seiner Verbindung zur SPD, für den Katholiken Wilhelm Marx zu stimmen.

3 Selbstverständlich "waren die Leute an der Spitze der SPD ebensowenig geneigt, gemeinsame Sache in einer Front mit den Kommunisten zu machen", so daß der Aufruf der KPD zum Generalstreik "gegen faschistische Diktatur von Hitler-Hugenberg-Papen" im Januar 1933 nur an einigen Orten von ADGB-Mitgliedern befolgt wurde (darunter Lübeck): Ibidem, S. 163 und 169.

4 S. Bahne: Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: E. Matthias/R. Morsey (Hg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 722; siehe auch D. Geyer: Sowjetrußland und die deutsche Arbeiterbewegung 1918-1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte XXIV (1976), S. 27 f.; T. Weingartner: Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929-1934, Berlin 1970. Die etwas halbherzige Selbstkritik wurde auf dem siebten Weltkongreß der Komintern und auf der "Brüsseler" (in Wirklichkeit in Moskau gehaltenen) Konferenz der KPD im Juli/August und Oktober 1935 geäußert. A. Sywottek: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935-1946, Düsseldorf 1971, S. 39 f.; H. Weber (Hg.): Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916-1966, München 1967, S. 172-177.

5 Siehe J. J. Ward: "Smash the Fascists....": German Communist Efforts to Counter the Nazis, 1930-1931, in: Central European History XIV (1981), S. 30-62; sowie drei Studien von E. Rosenhaft: Working-Class Life and Working-Class Politics: Communists, Nazis and the State in the Battle for the Streets, Berlin 1928-1932, in: R. Bessel/E. J. Feuchtwanger (Hg.): Social Change and Political Development in Weimar Germany, London 1981, S. 207-240; The KPD in the Weimar Republic and the Problem of Terror during the "Third Period", 1929-1933, in: W.J. Mommsen/G. Hirschfeld (Hg.): Social Protest, Violence and Terror in Nineteenth and Twentieth-century Europe, New York 1982, S. 342-366; Beating the Fascists? The Germans Communists and Political Violence 1929-1933, Cambridge 1983. Obwohl C. Fischer "den physischen Kampf zwischen KPD und NSDAP" nicht übersieht, betont er stattdessen die "positivere Seite" ihrer Beziehungen, besonders die kommunistischen Bemühungen, die "Proletarischen Elemente" unter den Nazis durch ideologische Überzeugungsarbeit für sich zu gewinnen und gleichzeitig die Partei gegen SA-Terror zu schützen. Class Enemies or Class Brothers? Communist - Nazi Relations in Germany 1929-1933, in: European History Quarterly XV (1985), S. 259-279.

6 A. Dorpalen: SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte XXXI (1983), S. 107. In seiner letzten großen Veröffentlichung, German History in Marxist Perspective: The East German Approach (Detroit 1985),

schätzt Dorpalen sachlich die DDR-Historiographie über die KPD und den deutschen Faschismus ein, siehe besonders Kap. 7 und 8.

7 Dorpalen (1983), S. 98. Siehe auch Ward, S. 32.

8 H. Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1, Frankfurt am Main 1969, S. 367-368 und 371f.

9 Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg (künftig: NStAO), 136/18: Gutachten "Die wirtschaftliche Entwicklung des Landesteils Lübeck in den letzten 25 Jahren" von Regierungs-Baurat a. D. Christiansen, 1928; Statistisches Landesamt (Hg.): Staats-Handbuch des Freistaates Oldenburg für 1928/30, Oldenburg i. O. 1929; L. D. Stokes: Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918-1945, Neumünster 1984, S. 23; D. Petzina, W. Abelshauser und A. Faust (Hg.): Materialien zur Statistik des Deutschen Reiches 1914-1945, - Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Bd. III, München 1978, S. 5.

10 K. Schaap: Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928-1933. Düsseldorf 1978, S. 172-190.

11 Stokes (1984), S. 24-29.

12 Siehe Fowkes, S. 177-181.

13 NStAO 136/2861. Nachgedruckt in Stokes (1984), S. 368-369.

14 Andere der KPD angegliederte Organisationen wie die Gottlosenorganisation, waren in der Gegend kaum vertreten. NStAO 136/2873.

15 Siehe meine Artikel: The Social Composition of the Nazi Party in Eutin, 1925-32, in: International Review of Social History XXIII (1978), S. 1-32; Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Eutin während der Weimarer Republik, in: H. Rüdel und R. Paetau (Hg.): Arbeiter und Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein im 19. und 20. Jahrhundert, Neumünster 1987, S. 365-385.

16 Im Gegensatz dazu wurde die anti-christliche Propaganda von Seiten der KPD oder der Sowjetunion von den Eutiner Kirchen energisch zurückgewiesen. Siehe Stokes (1984), S. 635, 651, 680.

17 Im Landesarchiv Schleswig-Holstein (künftig: LASH): Bestand der Eutiner Regierung (künftig: RE) Nr. A IV 2 und 2a.

18 Fowkes, S. 173; siehe auch S. Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 1965, 1. Auflage, S. 87-95, 135-137; Flechtheim, S. 311-321.

19 Fowkes, S. 182f.; auch: Weber (1969), S. 282f.

20 Stokes (1984), S. 30; siehe auch Ireland, S. 674 und Fowkes, S. 176. Im Gegensatz dazu waren 1932 "nur" etwas 30 % der SPD-Mitglieder arbeitslos. R. Geary: The Failure of German Labour in the Weimar Republic, in: M.N. Dobkowski und I. Wallimann (Hg.): Towards the Holocaust: The Social and Economic Collapse of the Weimar Republic, Westport (USA), S. 177-196.

21 Bahne (1965), S. 217f, 236. Rosenhaft (1982) hält daran fest, daß es stattdessen eine Reihe von Angriffen der SA auf Arbeiter beim NSDAP-Kongreß in Nürnberg im August 1929 war, "die die kommunistische Presse die Nazis als eine ernstzunehmende Kraft erkennen ließ", S. 348.

22 NStAO, 136/2858 und 2904. Auch: Stokes (1984), S. 47, 59f, 72; Ward, S. 53f. Eine Ortsgruppe der KPD gab es in Eutin von 1919 bis 1921 und offensichtlich wieder nach 1928 oder 1929. Siehe Stadtarchiv Eutin (künftig: SAE), Akte Nr. 2970: Bürgermeister an Armeekommando II, Stettin, 31. 11. 1923.

23 Anzeiger für das Fürstentum Lübeck (künftig: AFL), 18. 10. 1928; auch Fowkes, S. 148.

24 NStAO, 136/2686; Lübecker Volksbote (künftig: LVB), 18. 4. 1928; AFL, 17. 5. 1929; K.G.P. Schuster: Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929, Düsseldorf 1975, S. 207f und 223f.

25 Vgl. meinen Artikel "Sozialdemokratie contra Nationalsozialismus in Eutin 1925-1933", in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein II (1987), S. 173-210.

26 Siehe G. Stoltenberg: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1919-1933, Düsseldorf 1962, S. 147f., 207-210; R. Rietzler: "Blutnacht in Wöhrden". Zur nationalsozialistischen Propaganda der Gewalt, in: Journal für Geschichte 1 (1983), S. 4-7, 58f. Christian Heuck, der angebliche Anstifter des Angriffs auf die SA-Marschierer (er war Vorsitzender des KPD-Bezirks Hamburg und des RFB Schleswig-Holstein), wurde in einem anschließenden Gerichtsverfahren zu 21 Monaten Gefängnis wegen Störung der öffentlichen Ordnung verurteilt. Der Zwischenfall trug ihm den tiefen Haß der Nazis ein, die ihn 1934 ermordeten. AFL, 29. und 30. 3. , 16. 4. 1930; und Weber (1969), Bd. 2, S. 161.

27 Stokes (1984), S. 62f.

28 AFL, 17. 3. 1929; und die nationalsozialistische "Schleswig-Holsteinische Tageszeitung", Itzehoe, 15. 3. 1929. Tatsächlich fand das Gericht, das Heuck verurteilte, keinerlei Beweise für einen geplanten Angriff einer der beteiligten Seiten. Stokes (1984), S. 69f.

29 AFL, 29. 3. und 1. 4. 1930; und Ward, S. 39 und 44-46; auch, über Böhmcker und Saalfeldt: L.D. Stokes: Professionals and National Socialism. The Case Histories of an Small-Town Lawyer Physician 1918-1945, in: German Studies Review VIII (1985), S. 449-480.

30 Stokes (1984), S. 96f.

31 Ibidem, S. 108, 113f, 123f.

32 Siehe den Wahlaufruf der KPD auf einem Handzettel an die "Arbeiter der Provinz Lübeck", von Emil Matthews aus Rensefeld vom November 1930 in dem Papier des Eutiner Nazivorsitzenden Böhmcker (LASH 399/6). Die SPD ermahnte die Wähler, nicht zuzulassen, daß ihre Gemeinden Tummelplätze für Nazis und Kommunisten würden, die die Republik und die parlamentarische Demokratie ablehnten; die Unterstützung dieser helfe "den Haßgegnern des Emanzipationskampfes der deutschen Arbeiterklasse". Ibidem, SPD-Flugblatt "An die Wähler und Wählerinnen im Landesteil Lübeck", November 1930; und AFL, 16. 8. 1930 (ADGB-Wahlanzeige).

33 Ibidem, 14. 9., 19. und 21. 11. 1930; LVB, 11. und 30. 9., 24. 11., 2. 12. 1930; und die sozialdemokratische "Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" (künftig: SHVZ), Kiel, 24. 11. 1930; auch Schaap, S. 121f, 124-126; Stokes (1984), S. 30.

34 SAE, Nr. 3405; SHVZ, 9. 1. 1931; AFL, 18. 3. und 3. 4. 1931; Stokes (1984), S. 140, 143f; Ward, S. 54 f. Ein kommunistischer Aufruf vom Februar 1931 vor dem Eutiner Arbeitsamt an die auf die Auszahlung ihres Arbeitslosengeldes in der Schlange Wartenden, sich auf dem Marktplatz zu versammeln, um die Gründung eines Arbeitslosenausschusses zu diskutieren, blieb ohne Resonanz, AFL, 6. 2. 1931.

35 Ibidem, 24. 3., 5. 4. und 19. 5. 1931; NStAO 136/2859; SAE, Nr. 3238; LASH, 309/22592, Bd. 1; Stokes (1984), S. 39, 169, 171f., 178, 180, 182f.

36 Bericht des Kreisleiters Dr. Saalfeldt an den NSDAP-Gau Schleswig-Holstein, Altona 21. 5. 1931, abgedruckt in: ibidem, S. 184-186.

37 SHVZ, 18. 5. 1931. Insgesamt erhielt die KPD fast 5000 Stimmen in ganz Oldenburg dazu (7,2%), viele davon zweifellos von den 8300 von der SPD abgegebenen; die Nazis erhöhten ihren Stimmenanteil im Landesteil Lübeck auf 41,8%. Schaap, S. 141-151.

38 Ibidem, S. 146f.; SHVZ, 7. 4. 1931; und Berichte von Saalfeldt an den Gau Schleswig-Holstein, abgedruckt in Stokes (1984), S. 151, 184f.

39 Berichte der preußischen Polizei (Fehmarn) und der Eutiner Regierung (Sonnenwendfeier), 24./26. und 27. 6. 1931, abgedruckt in: ibidem, S. 214-221; AFL, 1. 7. 1931; Kreisleitung Lübeck der NSDAP (Hg.): Der NSDAP Kreis Lübeck. Werden und Wachsen - Die Kampfjahre, Lübeck 1935, S. 78f. Es war bei SA-Mitgliedern allgemein üblich, ihre Schulterriemen mit den übergroßen Karabinerhaken als Not-Waffen in Kämpfen mit ihren Gegnern einzusetzen.

40 Zu Angriffen von Mitgliedern von SPD und NSDAP aufeinander in Eutin im November 1930 siehe Stokes (1984), S. 125-130, 132-136; und ders. (1987), S. 186-189; auch Rosenhaft (1981), S. 214 f., 229 f., 233.

41 Siehe meinen Artikel: Der Fall Radke. Zum Tode eines nationalsozialistischen "Märtyrers" und die Folgen in Eutin, in: E. Hoffmann/P. Wulf: "Wir bauen das Reich". Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1983, S. 41-72; auch Stokes (1984), S. 222-240.

42 SAE, Nr. 3237; Arbeiter-Zeitung (KPD), 2. 1. 1932, Ausschnitt im Staatsarchiv Bremen (künftig: SAB), 2084/371.

43 Siehe die Verteilung der das Gesetz befolgenden Nazis durch die Eutiner Regierung, in: NStAO, 136/2859 und LASH RE/A Va 4, 6.-28. 7. 1931, teilweise abgedruckt in: Stokes (1984), S. 220-222.

44 Ibidem, S. 261; AFL, 15. 1. 1932; LASH 399/6, Politisches Tagebuch von J. H. Böhmker, Eintrag vom 28. 8. 1931. Er beschreibt einen (ungenannten) KPD-Redner als "einen guten Kerl..., (der) aber von der Politik so wenig Ahnung hat wie ein Floh von der Relativitätstheorie des Hofjuden Professor Dr. Einstein" (ibidem, 18. 1. 1931).

45 LASH, RE/A II 9g; AFL, 4. und 11. 12. 1931; SAE, Nr. 615; Stokes (1984), S. 251, 256f. Zum "Bauernhilfsprogramm" der KPD: Ireland, S. 464f. Siehe SHVZ, 28. 12. 1931 und LVB, 9. 1. 1932, die die Sozialdemokraten ermahnten, nicht die Eingabe zur Auflösung zu unterzeichnen: "Lehnt es ab, laßt Euch nicht wie die Kommunisten zu Helfershelfern des Faschismus gebrauchen".

46 Außer der KPD und der NSDAP unterstützten auch die DNVP und andere rechte Organisationen das Referendum, das deshalb leicht sein Ziel erreichte.

47 SAE, Nr. 3238, Nazi- ("Wählt Ernst Thälmann"!), SPD- ("Schlagt Hitler!") und KPD - ("Schlagt Hitler und Hindenburg!") Wahlzettel; LVB, 15. 3. und 13. 4. 1932; Stokes (1984), S. 276, 279, 281f.; Fowkes, S. 166: "Eine Million kommunistische Wähler waren scheinbar mittels der 'liberalen' Tendenz, einen Unterschied ... zwischen bürgerlicher Demokratie und faschistischer Diktatur zu machen', dazu verführt worden, Hindenburg gegen Hitler zu unterstützten" (Thälmanns Stimmenanteil fiel reichsweit zwischen März und April von 13,2% auf 10,2%).

48 Über Versuche der KPD, eine öffentliche Wahlversammlung in Eutin zu veranstalten, und Nazi-Widerstand dagegen siehe SAE, Nr. 3237 und LASH, RE/A VA 4; LVB und SHVZ, 27. 5. 1932; AFL, 27, und 28. 5. 1932; Stokes (1984), S. 311-314; Schaap, S. 181-190. Ein KPD-Flugblatt mit der Überschrift "Sie wollen Euch dem Verhungern ausliefern!" greift die Regierungen Berlins, Oldenburgs und Eutins sowie die SPD scharf an wegen ihrer Unfähigkeit, wirksam das Problem der Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Dieses Flugblatt wurde ebenfalls von den Behörden unterdrückt.

49 Zu der KPD-These der ungebrochenen Kontinuität der Regierungen von Brüning über Papen und Schleicher zur Nazi-Diktatur siehe Bullock, S. 516; Dorpalen (1985), S. 361f.; H. Weber: Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur "Brüsseler" Parteikonferenz, in: J. Schmädecke/P. Steinbach (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 73.

50 LVB, 16. 6. 1932; SAE, Nr. 3237; NStAO, 136/2861; Stokes (1984), S. 367f. Der zukünftige Leiter der Oldenburger Gestapo schlug Böhmcker ebenfalls vor, kommunistische Umzüge zu verbieten, wenn Störungen vermutet würden, die zu Schäden an Eigentum oder Personen führen könnten, für die entweder die Polizei mit hohen Kosten zu rechnen hätte oder die Öffentlichkeit verantwortlich gemacht werden könnte. LASH, RE/A III 31.

51 Ibidem und außerdem RE/A III 25, Anweisung der Eutiner Regierung an die Stadt Rensefeld und die Ordnungspolizei-Abteilung in Schwartau, 11. 11. 1932, abgedruckt in Stokes (1984), S. 334. Kommunisten und Sozialdemokraten waren gegen den "Arbeitsdienst" für die Jugend, da er älteren Familienvorständen die Arbeit wegnahm; Böhmcker mißbrauchte ihn ebenfalls, indem er Wohlfahrtsempfänger zum Eintritt zwang - ansonsten würden sie ihre Unterstützungszahlungen nicht mehr erhalten.

52 LASH, RE/A Va 26, enthält Kopien des Handzettels "Achtung! Erwerbslose und Wohlfahrtserwerbslose!" der KPD Schwartau-Rensefeld und die Norddeutsche Zeitung - Organ der kommunistischen Gemeinderatsfraktion; siehe auch Stokes (1984), S. 319. Der

SPD-Bürgermeister von Rensefeld, der als "Helfershelfer" Böhmckers angegriffen wurde, riet davon ab, Matthews strafrechtlich zu verfolgen. Dieser hatte die Gegend sowieso verlassen.

53 Siehe SAE, Nr. 3237 und LASH, RE/A Va 4; auch Stokes (1984), S. 338-340. Der Polizist verließ schließlich Ende 1933 den Landesteil.

54 SAE, Nr. 3405; AFL 10. 8., 12. und 28. 10. 1932; SHVZ, 12. 8., 11. und 13. 10. 1932; Kreisleitung, S. 103f.; Stokes (1984), S. 318f. 321, zur Hilfspolizei mein Artikel: Das Eutiner Schutzhaftlager 1933/34. Zur Geschichte eines "wilden" Konzentrationslagers, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte XXVII (1979), S. 573-575.

55 Stokes (1984), S. 322. Die Verluste der Nazis im November 1932 waren so groß, daß hochgerechnet auf Landesebene sie ihre Mehrheit im Oldenburger Landtag verloren hätten. Schaap, S. 243.

56 Sogar im Hinblick auf Eutin, wo Anfang 1932 finanzielle Schwierigkeiten aufgrund des Rückgangs von Steuereinnahmen dazu führten, daß die Regierung zeitweise Lehrern ihre Gehälter nicht auszahlen konnte, sprach die kommunistische Presse von einer breiten existierenden "unbeschränkten Regierungsherrschaft" der Nazis: "Mit offen faschistischen Methoden versucht man jetzt dem Zusammenbruch Einhalt zu gebieten, indem man alle Unterstützungen und Renten um fast ein Drittel abbaut". Arbeiter-Zeitung, 8. 1. 1932, Ausschnitt in SAB, 2038/371.

57 Siehe die Zusammenfassung des Schicksals der KPD im Landesteil Lübeck 1933/34 in Stokes (1979), S. 608-611.

58 Kopien dieser und vieler folgender Anweisungen in LASH, RE/A Va 26.

59 Ibidem; AFL, 10. und 11. 2. 1933; LVB, 11. und 23. 2. 1933; SAE, Nr. 1674; Stokes (1984), S. 388-390 und ders. (1979), S. 578f. Die Lübecker sozialdemokratische Zeitung stellt die Frage, warum nicht auch Wohnungen von Nazis durchsucht worden waren ("hier würde man doch bestimmt mehr Erfolg haben, als bei Mitgliedern der KPD"), während der kommunistische Abgeordnete im Landesausschuß in Frage stellte, daß es notwendig gewesen sei, für die Polizei diese Operation mit gezogenen Gewehren durchzuführen und das Ausstellen von Quittungen für die beschlagnahmten Gegenstände zu verweigern; keiner der beiden erhielt eine Antwort von der Regierung. SAE, Nr. 3405.

60 LASH, RE/A VA 32.1, Va 1 und Va 26; NStAO, 136/2861; Stokes (1984), S. 371-372.

61 Siehe LASH, RE/A Va 1, Anweisungen des Innenministers von Oldenburg an alle Polizeibeamten, 28. 2. 1933; auch K.D. Bracher/W. Sauer/G. Schulz: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln und Opladen 1962, S. 430; Stokes (1984), S. 372.

62 Ibidem, S. 371; auch LASH, RE/A IV 10, Rundschreiben des Oldenburger Innenministeriums, 4. 2. 1933 ("Gegen die Anbringung von Wahlplakaten der SPD und KPD, in denen lediglich zur Wahl der betreffenden Kandidaten aufgefordert wird, ist nichts einzuwenden".); AFL, 26. 2., 1. und 5. 3. 1933. Auf derselben Linie bewegte sich wahrscheinlich ein öffentlicher Vortrag, der einige Wochen später von einer Nationalsozialistin über "Bolschewismus und meine persönlichen Erfahrungen in Sowjetrußland" gehalten wurde. Eutins lutherische Pastorenschaft ermunterte seine Gemeindemitglieder zum Besuch dieses Vortrages. Ibidem, 21. 6. 1933; SAE; Nr. 3237.

63 LASH, RE/A Va 32.1 und 352/906; "Weserzeitung", 1. 3. 1933, Ausschnitt im SAB, 1925/352; Stokes (1984), S. 392f. In den folgenden Wochen und Monaten wurden das Aushängen roter Fahnen, das Tragen irgendwelcher KPD-Abzeichen und die Jugendweihe sowie die sozialen und kulturellen Organisationen der Partei verboten, ihr beschlagnahmtes Eigentum wäre verkauft worden, hätte es irgendeinen kommerziellen Wert besessen. AFL, 16. und 30. 3. 1933; NStAO, 136/2875; SAE, Nr. 3482; LASH, RE/A Va 32.1.

64 Ibidem, Ausweisung des Reichsinnenministers, 6. 3. 1933: "Zur Richtigstellung irrtümlicher Auffassung wird darauf hingewiesen, daß Schutzhaft im Rahmen des § 1 der Verordnung vom 28. Februar 1933 eine rein polizeiliche Maßnahme ist, bei der jede Mitwirkung der Gerichte ausgeschlossen ist. Insbesondere kommt Vorführung vor den

Richter nicht in Frage". Siehe auch Stokes (1984), S. 517-519 und ders. (1979), S. 571 (Naziliteratur über Schutzhaft zitiert in Fußnote 6), 578f.

65 Ibidem, S. 609 f.; Stokes (1984), S. 392f; auch LASH, 352/536 und 537; und ibidem, 320/Eutin 56, 63 69, 73. Die Nachkriegs-Erklärung eines der Verhafteten, sie hätten Waffen stehlen wollen, um ihre inhaftierten Kameraden zu befreien, erscheint unglaubwürdig. Sie selbst waren die ersten solcher Gefangenen aus den Reihen der KPD.

66 Siehe o. Fußnote 13.

67 AFL, 22. 2. 1933; NStAO, nicht katalogisierte Akte "Schutzhaft-Gefangene"; LASH 320/Eutin 74. Insgesamt verbrachte Matthews 75 Monate eingekerkert im Dritten Reich, 33 davon in einem Konzentrationslager. Ibidem, 56.

68 SAE, Nr. 3405; ibidem, Nr. 2668; und LASH, 266/43 (Register von Gefangenen im Gefängnis von Eutin, 1930-1937); Stokes (1984), S. 372, 376, 534.

69 AFL, 29. 3. 1933; LASH, RE/A Va 26, Schriftwechsel zwischen der Lübecker Staatsanwaltschaft, der Eutiner Regierung und dem Polizeipräsidenten in Potsdam, 18.-25. 4. 1933; ibidem, 320/Eutin, 51 und 266, Nr. 42, 146, 357; auch: Stokes (1979), S. 581-589, 603-608 und ders. (1984), S. 514, 523f., 567.

70 Ibidem, S. 563-565; auch LASH, 320/Eutin, 64, 81. Die schwersten Mißhandlungen waren den Reichsbanner-Mitgliedern vorbehalten, die (vielleicht zu Unrecht) des Tötens des SS-Mannes in Eutin am 9. 11. 1931 beschuldigt wurden. Siehe meinen Artikel zum Fall Radke, S. 67-72.

71 AFL, 28. 3., 25. 4., 13., 14., 17., 24. 5., 1. und 5. 7. 1933; SAE, Nr. 3482; auch Stokes (1984), S. 390, 454 und ders. (1979), S. 605-607, 610. Über die "Verbrechen" und Behandlung von kommunistischen Gefangenen im Lager, siehe deren Erklärungen in den Akten der Nachkriegsprozesse gegen den Kommandanten und seine Untergebenen sowie des Kreissonderhilfsausschusses in Eutin in LASH, 352/535-537 und 320/Eutin, 61, 65, 69, 70, 75, 80, 82, 83.

72 Ibidem, RE/A Va 3i, Bericht der Polizei Gleschendorf, der den KPD-Handzettel "Rettet Eure Brüder"! enthält; Stokes (1984), S. 530. Zum Altonaer "Blutsonntag", der mit 18 Toten endete (drei davon Kommunisten, zwei SA-Männer), siehe W. Kopitzsch, Politische Gewalttaten in Schleswig-Holstein in der Endphase der Weimarer Republik, in: Hoffmann/Wulf, S. 19-39; auch die Beiträge von Kopitzsch/Mc Elligott, in: A. Herzig/D. Langewiesche/A. Sywottek (Hg.): Arbeiter in Hamburg, Hamburg 1983.

73 AFL, 3. 11. 1933; Stokes (1979), S. 611 und ders. (1984), S. 539f.

74 Ibidem, S. 524; siehe auch LASH, 320/Eutin, 69 und RE/A Va 32.1., Erlaß des Oldenburger Innenministers, 23. 5. 1933. Einige der auf ihr Verfahren wartenden Insassen wurden anscheinend in das berüchtigte "Moor"-Gefangenenlager Papenburg-Esterwegen verlegt.

75 Ibidem, RE/Va 32.1, Erlaß des Oldenburger Innenministers, der früheren "Marxisten" den Beitritt zu Nazi- oder nationalistischen Organisationen verbot, 28. 3. 1933 (wurde Mitte Juli wieder aufgehoben); ibidem, 320/Eutin, 62; Stokes (1984), S. 459f., 550-553.

76 Siehe SAE, Nr. 984, Aussage des kommunistischen Malers Ernst Naeve, 5. 6. 1945; auch LASH 329/Eutin, 66, 70, 71, 82; Stokes (1984), S. 516.

77 Dokumentation hierüber im Archiv der Johann Heinrich Voß-Schule Eutin und LASH, RE/C V3 und 27, mit einer anonymen Denunziation, in der der Schüler als "Kamonist" (sic!) bezeichnet wird, vom 31. 12. 1931; siehe auch Interview mit Paul Pries, Eutin-Fissau, 19. 7. 1972; Stokes (1984), S. 375, 583. Der junge Mann trat schließlich, "um seinen Kopf über Wasser zu halten" (d. h. einen Job zu bekommen), sowohl der NSDAP als auch der SA bei.

78 Ibidem, S. 859f, 950, 960 f. Über das Verbot der Zeugen Jehovas (Ernste Bibelforscher), die vor 1933 von Nazis und Nationalisten oft fälschlicherweise mit "Kommunismus" in Verbindung gebracht wurden, siehe ibidem, S. 698-700, 703; auch SAE, Nr. 3482, Anordnung der Oldenburger Regierung zum Verbot der Sekte und ihrer Veröffentlichungen, 10. 4. 1935.

79 Stokes (1984), S. 764, 814, 822f., 905-907, 933; LASH 320/Eutin 69 und 70. Für Beispiele von Kommunisten, die ihren Kampf gegen das Regime fortsetzten, nachdem sie Monate in Böhmckers Konzentrationslager verbrachten, und die dann wieder verhaftet und nach Fuhlsbüttel gebracht wurde, siehe ibidem, 64, 68, 75, 82, 83.

80 Der Autor W. Kempowski zitiert einen Ingenieur, der 1933 12 Jahre alt war. Dieser erinnert sich daran, daß ein Mann aus seinem Dorf (offensichtlich weder Kommunist noch Sozialdemokrat) aus dem Eutiner Lager "nie zurückkehrte" zu seiner Familie. Mir ist es jedoch nicht gelungen, einen solchen Fall zu bestätigen. Siehe W. Kempowski: Haben sie davon gewußt? Deutsche Antworten, Hamburg 1979, S. 15; auch Brief von Kempowski an Autor, 1. 2. 1980.

81 Stokes (1984), S. 628f., 824. Zu dieser Kategorie sollten auch Fälle wie der der Schwester eines 1933 verhafteten Kommunisten aus dem Landesteil gerechnet werden, die Selbstmord verübte, als sie ebenfalls des Kommunismus beschuldigt wurde, und der der Stieftocher eines führenden Eutiner Parteimitglieds, die aufgrund der Rassengesetze der Nazis sterilisiert wurde. LASH 320/Eutin, 50 sowie Informationen von Frau Elfriede O. aus Eutin an den Autor.

82 Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler im Juli 1944 wurden 5 ehemalige SPD-Funktionäre aus dem Landesteil zusammen mit tausenden anderen Weimar-Parlamentariern nach Razzien in Konzentrationslager gesteckt (sog. "Gewitteraktion") - zwei von ihnen starben. LASH 320/Eutin, 63, 65; auch Stokes (1984), S. 521, 978-980 und ders. (1987), S. 201, 208.

83 H. Weber: Die KPD in der Illegalität, in: R. Löwenthal/ P. von zur Mühlen (Hg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933-1945, Bonn 1982, S. 84, 100. Die "dritte Phase" der KPD nach den fehlgeschlagenen revolutionären Aufständen nach dem 1. Weltkrieg (bis 1923) und der darauf folgenden Periode der kapitalistischen Konsolidierung sah eine akute ökonomische und politische Krise voraus, die letztendlich den Kommunismus in Deutschland einführen würde. Daher bestand der Kurs der "Ultra-Linken", wie von Komintern festgelegt, darin, die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich zu gewinnen, indem unablässig die Führung von SPD und Gewerkschaften bestritten wurde.

84 Zu dieser Entwicklung siehe Weber (1969), Bd. 1; auch Aviva, S. 82; und Geyer, S. 2-37.

85 Siehe o. Fußnote 32; auch Hoegner, S. 328f.

86 Siehe o. Fußnoten 34, 42, 52 und 59.

87 Schaap, S. 243. Der Stimmenanteil der SPD im Landesteil stieg tatsächlich zwischen Juli und November 1932 um über 3% (auf 31,7%) gegenüber allerdings fast 9% bei den Rivalen um die Gunst der Arbeiterklasse.

88 Beide Gewerkschaftsvorsitzende wurden 1944/45 Opfer des Nationalsozialismus. Siehe o. Fußnote 82.

89 Stokes (1987), S. 209f.; auch Aviva, S. 86.

90 Siehe Neumann, S. 87f.

91 Nach 1945 erhielten einige Eutiner Kommunisten finanzielle Entschädigungen - Emil Matthews z. B. 1949 mehr als 11.000 Mark, die meisten aber wesentlich weniger. LASH 320/Eutin, 56.

92 Siehe Polizeibericht über ein geheimes Treffen von Vertretern der KPD und der SPD mit einer Ansprache von Emil Matthews in Ratekau am 19. 10. 1945, in: Ibidem, 2. Er war bereits aufgefordert worden, eine angeblich in der Gegend gegründete "antifaschistische Aktion" aufzulösen. Ibidem, 7.